

DER HAUPTFEIND EINIES JEDEN VOLKES STEHT IM EIGENEN LANDE!
Karl Liebknecht

DER SPARTAKIST

ORGAN DES
K A R L - L I E B K N E C H T - B U N D E S
(Internationale Kommunisten)

Nr. 10 (Juli 1946)

Preis 1,- Schilling

KURASSOWBEFEHL UND PROLETARIAT

Der Kurassowbefehl hat das frühere deutsche Eigentum in Österreich zum Eigentum der Sowjetunion erklärt. Welchen Standpunkt muß das Proletariat zu dieser Aktion einnehmen?

Die Kurassowaktion ist ein Glied ähnlicher Aktionen, welche das frühere deutsche Eigentum in Rumänien, Ungarn, Bulgarien usw. auf Grund der Potsdamer Beschlüsse in das Eigentum der SU überführen. Was beinhaltet diese Potsdamer Beschlüsse? Sie sind im Wesen ein Vertrag über die Reparationsleistungen, welche das niedergeworfene Deutschland und seine ehemaligen Verbündeten zu leisten haben, ein Abkommen also, das die Ausräuberung Deutschlands, seine Ausplünderung, die Zerstörung seiner Industrien usw. beinhaltet. Es ist also im Wesen ein Raubabkommen, geschlossen zwischen den Imperialisten USA-England und der SU. Das Potsdamer "Abkommen" ist also ein imperialistischer Raubvertrag, der auch den räuberischen Interessen der Stalinbürokratie weitgehend Rechnung trägt. Das Proletariat muß dieses wie jedes andere Raubabkommen über die Ausplünderung, Ausräuberung ganzer Länder und Völker prinzipiell ablehnen, bekämpfen, auch wenn an einem solchen "Abkommen" die SU, vertreten von der verbrecherischen Stalinbürokratie, teilnimmt.

Die schädlichste Rolle bei diesen Raubabkommen spielt die entartete Sowjetbürokratie. Jedes revolutionären Funkens bar, stellt sie sich mit den imperialistischen Räubern in eine Reihe bei der Ermattung, Entkräftigung ganzer Nationen, ihrer Unterdrückung, Ausräuberung, Ausplünderung, der Herabdrückung ihres produktionellen Niveaus, hilft sie somit mit an der Vereilung der Massen, der Zerstörung der demokratischen Rechte der Massen, vor allem des Selbstbestimmungsrechtes. Das alles stellt die Stalinbürokratie hin als das "Interesse der SU". In Wahrheit schwächt die reaktionäre Stalinpolitik überall die Position der SU! Sie schwächt und gefährdet in steigendem Maße die SU vor allem deshalb, weil sie ihr Ansehen bei den unterdrückten Massen der ganzen Welt ungeheuer geschädigt hat und ununterbrochen weiter schädigt. Die verbrecherische Stalinbürokratie kann nicht anders: nicht die wahren Interessen der SU, sondern die Erhaltung der ~~sozialistischen~~ ^{angeblichen} Position der entarteten Bürokratie im Auge habend, sucht sie die unvermeidlichen Auswirkungen ihrer verräterischen Politik, die gewaltigen Verluste und Zerstörungen, welche die SU infolge des Krieges erlitten hat, wettzumachen durch Annexionen, Kontributionen, Reparationen, welche letzten Endes die Massen der besieгten Länder zu tragen haben. Das Pro-

letariat wendet sich grundsätzlich gegen jede Annexion, Kontribution, Reparation! Es wendet sich auch dann gegen sie, wenn sie der entartete Arbeiterstaat fordert!

Das Proletariat muß bei der Frage der Kurassowaktion wie bei jeder Frage ausgehen vom proletarischen Grundinteresse, dem Interesse der Weltrevolution. Dieses Grundinteresse steht über jedem Teilinteresse, und sei es noch so wichtig, es steht allein im wahren Einklang mit den Interessen des Arbeiterstaates. Nach diesem Interesse allein muß der Arbeiterstaat sein Handeln einrichten. Im Interesse der Weltrevolution, der revolutionären Mobilisierung der unterdrückten Massen gegen den räuberischen Weltimperialismus, der engsten und brüderlichen Kampfeinheit der unterdrückten und ausgebeuteten Massen der ganzen Welt mit dem Arbeiterstaat muß die SU Opfer auf sich nehmen! Umsomehr müßte die SU zu solchen "Opfern" bereit sein wie Versicht auf alle Annexionen, Kontributionen, Reparationen, auf die Ausplündерung ganzer Länder und Völker. Aber diese "Opfer" würden wettgemacht durch die Gewinnung der Sympathien der unterdrückten Massen der besiegtenden Länder, ja der ganzen Welt, würden die revolutionäre Bewegung gegen den Imperialismus beflügeln, würden somit die einzige und wirkliche Hilfe, Stärkung, Rettung für die SU herbeiführen. Gerade durch dieses Handeln würden die imperialistischen Räuber vor den Massen als raubgierige Banditen entlarvt, würde ihre Aktion gegen den ersten Arbeiterstaat verhindert. Die verbrecherische Bürokratie tritt das proletarische Grundinteresse ununterbrochen mit Füßen, verrät es auf Schritt und Tritt! Auch die Kurassowaktion bedeutet nichts anderes als Verrat an dem proletarischen Grundinteresse. Anstatt daß die Imperialisten vor den Massen als Räuber entlarvt werden, können sich diese im Gegenteil heuchlerisch als Verteidiger des Selbstbestimmungsrechtes aufspielen, als jene, welche den maßlosen Forderungen der SU an die verschiedenen Länder entgegentreten! Und die Imperialisten verstehen es, der Stalinbürokratie überall in diesen Fragen den Vortritt zu lassen, denn sie wissen, daß diese ihnen am sichersten die Massen in die Arme treibt!

Das Proletariat muß die Kurassowaktion prinzipiell ablehnen. Nicht eine noch so große Anzahl von Betrieben in Österreich usw. kann der SU wirklich gegen den Imperialismus helfen. Nur eine selbstlose, auf keine Vorteile, Privilegien, Annexionen und Reparationen ausgehende Politik des Arbeiterstaates, die das Selbstbestimmungsrecht der Nationen achtet, die Massensympathien für den Arbeiterstaat gewinnt, kann das.

Heißt das, daß deshalb diese Betriebe in die Hände des internationalen Finanzkapitals fallen würden? Keineswegs, im Gegenteil! Eben eine solche weitsichtige, momentane Vorteile außeracht lassende, wirklich proletarische Politik würde durch Gewinnung der Massensympathien die Massen gegen die eigene Bourgeoisie und ihre Verschachungspläne mobilisieren, würde den Übergang dieser wie der anderen Großbetriebe in die Hand des siegreichen Proletariats beschleunigen. Diese proletarische Politik würde der Bourgeoisie die Hände binden, würde das Vordringen des internationalen Finanzkapitals überall verhindern! Sie allein ist imstande, dem Arbeiterstaat in allen Ländern die Sympathien der unterdrückten Massen zu gewinnen und dem Weltimperialismus die Verwirklichung seiner Zerstörungspläne gegen die SU unmöglich zu machen. Sie allein ist imstande, die Massen für die Weltrevolution zu mobilisieren und so das internationale Finanzkapital zu stürzen.

In der Kurassowaktion stehen sich entarteter Arbeiterstaat, Imperialismus und proletarisch-revolutionäre Politik gegenüber. Das wahre Interesse des Arbeiterstaates ist mit der Kurassowaktion unvereinbar! Eben durch ihren undemokratischen, räuberischen, annexionistischen Charakter hilft in Wahrheit die Kurassowaktion nicht dem Arbeiter-

staat, sondern arbeitet sie dem Imperialismus in die Hände, stößt sie die Massen zu ihm.

Wenn wir uns gegen die Kurassowaktion wenden, so vergessen wir nicht, gleichzeitig den Arbeitern die Heuchelei und den Betrug der Bourgeoisie aufzuzeigen. Sie ist zwar gegen die Kurassowaktion, aber sie ist einverstanden mit der Ausräuberung der anderen Länder, sie ist bereit, an dieser Ausräuberung anderer Länder teilzunehmen, sie selbst stellt Forderungen, die das Selbstbestimmungsrecht der Nationen verletzen.

SP und Stalinpartei folgen ihr auf diesem Wege. Am meisten kompromittiert steht die Stalinpartei da, die sich als direkter Agent der russischen Stalinbürokratie entlarvt hat. Beide, SP und Stalinpartei, rufen: Die Betriebe in die Hände des österreichischen Proletariats! Vor einem Jahr haben beide Gelegenheit gehabt, das zu verwirklichen, als die Bourgeoisie sich kaum hervorwagte. Beide haben es aber verräterischerweise vorgezogen, die Bourgeoisie in den Sattel zu setzen! Die SP lehnt das Potsdamer Raubabkommen ab - aber nur für Österreich. Die Stalinpartei steht voll und ganz zu diesem Raubvertrag, sie ist für die Reparationen, Kontributionen, Annexionen. Wir wenden uns gegen jede Annexion, Reparation und Kontribution, wir treten für das Selbstbestimmungsrecht jedes Volkes ein, wenden uns gegen seine Verletzung durch wen immer! Weder für die sozialdemokratische Lösung, die die Betriebe dem österreichischen und internationalen Finanzkapital ausliefert, noch für die stalinistische, welche nur die Festigung der bürokratischen Positionen im Auge hat, sondern für die dritte, die proletarische Lösung:

FÜR DIE VERTEIDIGUNG UND VOLLE HERSTELLUNG DER DEMOKRATISCHEN RECHTE DER MASSEN!

FÜR DIE REVOLUTIONÄRE MOBILISIERUNG DER MASSEN!

FÜR DEN KAMPF GEGEN DIE BOURGEOISIE BIS ZU DEREN STURZ, FÜR DIE ENTSCHADIGUNGSLOSE ENTEIGNUNG DER GROSZBETRIEBE, FÜR IHRE ÜBERNAHME DURCH DAS PROLETARIAT!

Nur auf dieser Linie kann das Proletariat, kann der Arbeiterraum erfolgreich handeln, kann das proletarische Grundinteresse der Weltrevolution wahrgenommen werden!

=====

ÖVP- "SOZIALISMUS"

Die ÖVP schwelgt in "Sozialismus. Die Arbeiter sollen zu "Besitzenden" gemacht werden. In den verstaatlichten Betrieben jedem Arbeiter ein paar Aktien - damit ist die Frage für die ÖVP gelöst. Dabei schreibt dieselbe ÖVP: verstaatlichte Betriebe sind passiv! SP und Stalinpartei geben da der ÖVP sicherlich die richtige Antwort. Aber die SP hat ein schändliche Kompromiß mit der ÖVP geschlossen, das diesem ÖVP- "Sozialismus" entgegen kommt! Und die Stalinpartei macht ein großes Geschrei und - steigt auch ein! Die Arbeiter zu mobilisieren, sie auf die Straße zu rufen, um der ÖVP zu zeigen, wer in dieser Frage einzig das Recht hat, zu reden - das fällt weder der SP noch der Stalinpartei ein. Lieber schlucken sie aus lauter Liebedienerei gegen die Bourgeoisie die Pillen der ÖVP. Und beide "übersehen", die Arbeiter darauf hinzuweisen, welchem "Sozialismus" die ÖVP sonst noch huldigt: sie lehnt strikt die Lohnforderungen der Arbeiter ab, verschlechtert das kommende Arbeiterurlaubsgesetz..... Ja, es fällt schwer, den Arbeitern das wahre Gesicht der ÖVP aufzuzeigen und gleichzeitig mit ihr in der Regierung zu sitzen. Die Arbeiter könnten sehend werden!

=====

LEHREN DER STREIKS

Seit Monaten geht eine tiefe Unruhe durch die Betriebe. Die wachsende Verelendung der Arbeiterklasse hat deren Unzufriedenheit in einem Maße gesteigert, daß es zu immer mehr um sich greifenden Streiks gekommen ist. Die Arbeiter versuchen mit den Streiks vor allem gegen die Hungeroffensive der Bourgeoisie zu protestieren, gegen das anwachsende Zurückbleiben der Löhne hinter den enorm gestiegenen Preisen, gegen die Hochblüte von Sabotage und Korruption, deren Hauptopfer sie sind, und schließlich gegen die wachsende Frechheit der Bourgeoisie und deren Partei, der ÖVP, die bei jeder Gelegenheit Vorstöße im Interesse der Kapitalisten unternimmt.

Den bisherigen Höhepunkt dieser Streikbewegung stellte zweifellos der Straßenbahnerstreik vom 18. Juni dar. Nachdem am Tage vorher in vielen Betrieben die Arbeiter in den Streik getreten waren, schlossen sich Dienstag vormittag die Wiener Straßenbahner dem Streik an. Dieser Streik, der in das Leben der Massen tief eingriff, zeigte aber eben dadurch eine sehr wichtige Seite: die Massen sympathisierten mit den Streikenden, unterstützten sie. Die Streikenden selbst zeigten große Aktivität, vor allen die jungen Straßenbahner, bei der Einziehung der noch fahrenden Linien. Nachdem den Streikenden die Wiederherstellung der 1200-Kalorienbasis zugesichert worden war, begannen die Betriebe am Mittwoch wieder zu arbeiten. An diesem bescheidenen Ausgang trägt die Sabotage und der Verrat von Gewerkschaften und SP/Stalinpartei die volle Schuld.

Welche Lehren haben die bisherigen Streiks gebracht? Wir wollen sie nur kurz zusammenfassen. Erstens: die Hauptlehre ist, daß nur der Kampf die Lage der Massen verbessern kann. Wirklicher Kampf, wie es der Streikkampf ist, bei welchem aber nicht stehen geblieben werden darf. Freilich: heute beginnen die Massen erst wieder das Gehen zu lernen, sie sind ungewohnt, für ihre Interessen einzutreten. Aber sie lernen es wieder. Wir müssen ihnen helfen, müssen ihr Selbstvertrauen heben, ihnen vorangehen. SP und Stalinpartei reden den Massen ein: durch Streiks verbessert ihr eure Lage nicht, bekommt ihr auch nicht mehr zu essen. Ebenso reden die Gewerkschaftsspitzen. Das ist eine elende Lüge! Erstens haben die Streiks schon unmittelbar geholfen: siehe den Druckerstreik. Zweitens: eben SP und Stalinpartei wie Gewerkschaften hätten die Pflicht, den Kampf der Arbeiter zu führen, um die Hungeroffensive der Bourgeoisie abzuhalten, die Löhne zu erhöhen usw. Und dann würde sich schon zeigen, ob nicht Lebensmittel für die Massen da wären, wo Hunderttausende Faschisten aufgefüttert werden!

Die zweite Hauptlehre der Streiks ist: SP, Stalinpartei und Gewerkschaften sabotieren offen und unverschämt den Kampf der Arbeiter! Die Streiks entstehen spontan, sind die Reaktion der empörten Arbeiter, die am Montag in den Betrieb kommen, um wieder eine Hungerwoche lang zu arbeiten, während die Kapitalisten, Faschisten, Schieber, Schleichhändler und Korruptionisten fatt werden. Alle, SP, Stalinpartei und Gewerkschaften, wenden sich gegen die Streiks, die Gewerkschaftsbürokraten am unverschämtesten. Die Stalinpartei konstatiert die Streiks im Nachhinein, versucht sie auszunützen, wagt es aber nicht, ihre Führung in die Hand zu nehmen. Die "Arbeiter-Zeitung" bringt die Streiknachrichten im Kleindruck. Wir wissen, warum SP, Stalinpartei und Gewerkschaftsspitzen den Streikkampf sabotieren und abwürgen. Er stört das gute Einvernehmen mit der Bourgeoisie, die "Konzentration" mit der ÖVP, er stört den "Wiederaufbau", der den Massen Hunger, Not, elende Löhne, den Kapitalisten aber steigende Profite bringt. SP, Stalinpartei und Gewerkschaftsspitzen entlarven sich also vor den Massen, zeigen sich offen als Bremsen, Abwirger ihres Kampfes. So wird der Boden für die revolutionäre Gewerkschaftsopposition geschaffen. Wir müssen darangehen, diese vorzubereiten,

indem wir uns mit den kampf gewilltesten, die Sabotage von SP, Stalinpartei und Gewerkschaftspitzen am klarsten erkennenden Arbeitern verbinden.

Die dritte Hauptlehre der Streiks, die insbesondere wir ziehen müssen, lautet: wir müssen uns auf die kommenden Kämpfe genügend vorbereiten. In welcher Richtung muß diese Vorbereitung erfolgen? Wir müssen uns klar sein, daß wir mit unserer heutigen Kraft nicht imstande sind, selbstständig Kämpfe zu entfesseln oder entstandene Kämpfe zu führen. Das kann heute noch nicht unsere Aufgabe sein. Nach wie vor müssen wir aber jeden entstehenden oder laufenden Kampf der Arbeiter in den Betrieben mit aller Kraft unterstützen, muß jeder einzelne Genosse den übrigen Arbeitern vorbildhaft im Kampfe vorangehen. Vor allem müssen wir auf der Linie handeln: Gewerkschaften, SP und Stalinpartei vprwärts treiben zum Kampf, sie beim Wort nehmen, für ihre Programme auch wirklich zu kämpfen. Wir dürfen nicht denken, daß die Arbeiter auf einen Ruck, auf eine solche Erfahrung, wie sie sie jetzt mit der offenen Sabotage der Streiks durch die Gewerkschaftsbürokratie, durch SP und Stalinpartei erlitten, schon alle Konsequenzen ziehen. Das können nur die bewußteren, klarer sehenden Elemente der Klasse. Die Politik des Beim-Wortnehmens, angewendet nicht als Entlarvunsttaktik, sondern als ernste Kampftaktik, weil eben die Mehrheit der Arbeiter trotz der bisherigen und jüngsten Erfahrungen auch weiterhin SP und Stalinpartei folgen, entspricht allein unserer schwachen Kraft, die wir heute vorstellen. Die klarer sehenden Arbeiter werden am schnellsten aus ihren Erfahrungen lernen: an sie müssen wir individuell heran, um sie propagandistisch zu erfassen. Das Nebenprodukt der Taktik des Beim-Wortnehmens ist die Demaskierung der SP/Stalinpartei/Gewerkschaftsbürokratie bei den Massen, heute: bei den besten Arbeitern, welche wir völlig klären müssen.

Wir, jeder einzelne Genosse, Genossin, die im Betrieb stehen, müssen vor allen dahin wirken, daß die Verbindung zwischen den einzelnen Betrieben geschaffen und organisiert wird, daß die bestehenden Aktionskomitees demokratisiert werden, d.h. daß nicht von oben ernannte Betriebsfunktionäre in sie entsendet werden; sondern kampf gewillte Arbeiter aus der Belegschaft gewählt werden, daß sich die einzelnen Branchenkomitees mit den anderen zu breiteren Aktionskomitees im Bezirks- und Stadtmaßstab verbinden; wir müssen schließlich den regelmäßigen Zusammentritt dieser Aktionskomitees fordern. Bei dieser Vorbereitungsarbeit haben wir zwei wichtige Umstände für uns: die wachsende Kampfbereitschaft der Arbeiter, ihr beginnendes Mißtrauen gegen SP/Stalinpartei und Gewerkschaftsbürokratie. Wir müssen es lernen, unsere schwache Kraft rationell zu verwenden, indem wir uns mit den kampf gewilltesten Arbeitern auf die richtige Art verbinden. Verstehen wir das, dann wird sich jeder von uns beeinflußte Arbeiter in einen Kampfpropagandisten verwandeln. In jeder Betriebsabteilung nur einen aktiven, kampf gewillten Arbeiter, mit dem wir uns laufend besprechen und der in seiner Abteilung aktiv auftritt: das ist der Weg, auf welchem wir trotz unserer schwachen Kraft unseren Einfluß verstärken können. Dabei müssen wir immer die Grundlinie der Politik des Beim-Wortnehmens von SP/Stalinpartei/Gewerkschaften einhalten. Ständig müssen wir aber unsere Hauptaufgabe, die Gewinnung der besten und kritischesten Arbeiter für die revolutionäre Linie im Auge behalten. Die Lehren der Kämpfe, die unvermeidlichen Erfahrungen mit SP/Stalinpartei und Gewerkschaftsbürokratie werden den klarer sehenden Arbeitern den Weg zu uns weisen.

=====

G E N O S S E N, G E N O S S I N N E N!

Vergeßt nicht, daß wir in der Illegalität arbeiten. Beachtet die Regeln der K o n s p i r a t i o n!
Stärkt den Kampffond!

=====

WAHLEN UND IHRE LEHREN

In den letzten Wochen fanden in den verschiedensten Ländern Europas Wahlen statt, die für das Proletariat sehr wichtige Lehren erbrachten. Kommt auch in den Wahlen und Volksabstimmungen die Stärke der einzelnen Klassen, ihre Beziehungen zueinander nur unvollkommen zum Ausdruck, so lassen sich aus den Ergebnissen doch gewisse, für den proletarischen Revolutionär sehr wichtige Schlüsse hinsichtlich des momentanen Kräfteverhältnisses der einzelnen Klassen zueinander, der Tendenz seiner Veränderung, sowie über das Wechselverhältnis der Klassen ziehen. Wahlen zum bürgerlichen Parlament, Volksabstimmungen können für uns nie mehr sein als Barometer, die, wenn auch unvollständig, die momentane Klassensituation widerspiegeln. Aber als solche einigermaßen brauchbare Barometer leisten sie gewisse unschätzbare Dienste, wenn man sie nicht vom formal-demokratischen Gesichtspunkte wie SP und Stalinpartei, sondern von der marxistischen Klassenanalyse wertet. Von diesem Gesichtspunkte aus wollen wir die Wahlen in Frankreich und Italien durchleuchten.

DIE WAHLEN IN FRANKREICH.

In Frankreich fanden Anfang Juni die zweiten Wahlen innerhalb weniger Monate statt. Einige Wochen vorher fand die Volksabstimmung über die Verfassung statt. Welches Ergebnis hatten Wahl und Volksabstimmung? Die SPF verlor an 300.000 Stimmen, fast ebensoviel gewann die Stalinpartei. Etwa, weil die Stalinpolitik richtig ist? Keineswegs. Die SPI ist derart verbraucht, daß die Arbeiter ihr den Rücken kehren, um es mit der Stalinpartei zu versuchen, deren Opportunismus noch frischer, unverbrauchter ist, mit welcher die Arbeiter noch nicht so viel Erfahrungen haben wie mit der SP. Der Stalinopportunismus ist den Arbeitern noch nicht so erkennbar. Beide Parteien konnten aber aus der höheren Wahlbeteiligung keinen Gewinn verzeichnen. Dieser kam hauptsächlich der MRP (Katholische Volkspartei), der Partei der Bidault & Co., sowie den Radikalsozialisten und zum kleineren Teil den Rechtsparteien zugute. Der eigentliche Sieger war die MRP. Diese beginnt, ihren "linken" Charakter immer mehr abzuwerfen und sich als jenes Instrument der französischen Großbourgeoisie zu zeigen, das ihr heute dazu dient, die Hauptmadsen des Kleinbürgertums hinter sich zu ziehen. Schon die kurz vor den Wahlen vorgenommene Schwenkung nach rechts zeigte, wohin die Bidault & Co. zu steuern versuchen. Ihr Wahlsieg und Sieg bei der Volksabstimmung über die Verfassung bedeutet unverkennbar einen Ruck nach rechts. Dieser Rechtsruck drückt sich jetzt auch in der Regierung aus, welche Bidault bildete. Was bedeutet er? Er bedeutet noch kein volles Abschwenken der kleinbürgerlichen Massen zur Rechtsbourgeoisie, zu deren Parteien, die sich jetzt klingende Namen wie "Freiheitspartei" usw. beilegen. Aber er bedeutet einen Schritt in dieser Richtung! Das aber heißt mit dürren Worten, daß nach einem Jahr wiedererrichteter bürgerlicher Demokratie in Frankreich bereits sichtbar wird, daß sich diese erschöpft hat, daß mit ihren Mitteln und Methoden die brennenden gesellschaftlichen Probleme längst unlösbar sind! Ist das Proletariat nicht imstande, durch seine kühne revolutionäre Politik, die sich natürlich nicht auf parlamentarische Eskapaden beschränken kann, das aufgewühlte Kleinbürgertum zu sich herüberzuziehen, seine ausgeplünderte Hauptmasse hinter sich zu bringen, zu seinem Verbündeten im Kampf gegen die Großbourgeoisie zu machen, dann beginnt das Kleinbürgertum unvermeidlich den Weg zurück einzuschlagen, sich wieder der Großbourgeoisie zu unterwerfen. Die letzte Wahl, das Verwerfen der neuen Verfassung bedeutet den ersten Schritt in dieser Richtung. Darin liegt der Klassen-
1/ in der Frage der Verfassung

sinn der Wahl vom 2. Juni. Dabei darf nicht vergessen werden: die Lage der Massen, auch der kleinbürgerlichen, hat sich in den letzten Monaten auch in Frankreich entsetzlich verschlechtert. Die "Volksfront"-Regierung, geführt von der SP mit Beteiligung von Stalinpartei und MRP, hat sich als willfähriges Instrument der Bourgeoisie zur Durchführung ihrer Offensive gegen die Massen erwiesen. Das Wahlergebnis, die Schlappe der SP, der schmale Gewinn der Stalinpartei, die zusammen genommen stagnierten, sowie der Zug nach rechts bei der MRP, den sie ihren Gewinn verdankt (siehe die Schwenkung vor den Wahlen!), sind die Antwort der Massen auf die "Volksfront"-Politik. Es ist erst eine erste Antwort. Aber die Massen werden bei ihr nicht stehen bleiben! Finden sie, vor allem die Arbeitermassen, keine entschlossene revolutionäre Führung, geht die SP- und Stalinpolitik ungestört weiter, dann droht ein weiteres Abschwenken der kleinbürgerlichen Massen nach rechts. Die jetzige Haltung der MRP in der Verfassungsfrage macht das schon deutlich: sie hat alle Konzessionen von gestern an SP und Stalinpartei zurückgenommen und versucht, klar nach rechts zu steuern. Diesem gegenwärtigen Schwanken des Kleinbürgertums nach rechts verdankt auch eine solche Partei von Erzbetrügern wie die "Radikal"- "Sozialistische" Partei, die Partei der Daladier-Herriot, ihren Wahlsieg.

Die Rechtsparteien konnten bei der Wahl keinen entscheidenden Fortschritt erzielen. Sie sind noch zu sehr kompromittiert. Aber sie konnten einen klaren Gewinn buchen, vor allem aus der höheren Wahlbeteiligung, die zeigte, daß die reaktionären Schichten aus ihrem Pessimismus erwacht sind und wieder Hoffnung schöpfen. Das Auftreten De Gaulles kurz vor den Wahlen gegen die neue Verfassung war bezeichnend, diente der Mobilisierung dieser Schichten. Das Verwerfen des Verfassungsentwurfes bucht aber die Rechtsbourgeoisie mit Recht auf ihr Konto. Wie sich heute zeigt, wird sie in der nächsten Etappe versuchen, De Gaulle hinaufzubringen, als "Retter der Nation" vor den "Parteikämpfen", als neuer Bonaparte, zumindest als sein Wegbereiter.

Aber die Fragen sind noch nicht entschieden! Die Pläne Bidaults, De Gaulles sowie ihrer wahren Auftraggeber können sehr leicht Schiffbruch erleiden. Allerdings unter einer Bedingung: Aktives, richtiges Auftreten der neuen proletarischen Partei, der PCI (Parti communist international). Wie weit es ihr gelungen ist, bei den Wahlen vorzudringen, läßt die bürgerliche Berichterstattung nicht erkennen, die einfach die parlamentarischen Oppositionsgruppen zusammenwirft. Aber zur parlamentarischen Tribüne, so wichtig sie ist, muß vor allem der außerparlamentarische Kampf treten, von ihm muß die revolutionäre Partei ausgehen, zu ihm muß sie immer wieder zurückkehren. Die Entscheidung wird außerhalb des Parlaments fallen; sie kann allerdings auch im Parlament vorbereitet werden durch revolutionäres Ausnützen seiner Tribüne. Versteht die revolutionäre Partei es, die Massen zum Kampf gegen das Raubprogramm der Bourgeoisie zu mobilisieren, SP/Stalinpartei/Gewerkschaften zum Kampf zu zwingen, sie beim Wort zu nehmen, vorwärts zu treiben, die verräterische "Volksfront"-Politik der beiden zu durchkreuzen, dann wird das aktiv handelnde Proletariat wieder Hoffnung in den verelendeten kleinbürgerlichen Massen erwecken, wird es sie zu seinem Verbündeten gegen die Großbourgeoisie machen. In diesem Kampfe muß die proletarische Partei vom Anfang an ihr revolutionäre Banner entfalten und den Massen zeigen, daß der einzige Ausweg ist und bleibt: die proletarische Revolution.

Die Großbourgeoisie versteht sehr wohl, daß heute noch nicht die Zeit ist, SP und Stalinpartei beiseite zu schieben. Dazu ist die Situation in den Massen noch nicht reif. Sie arbeitet jetzt daran, das Kleinbürgertum nach rechts zu ziehen, es aus einem unverlässlichen Verbündeten wieder zu einem verlässlichen zu machen. Die jüngsten

Aktionen der Faschisten gegen die "Humanité" beweisen das. Es handelt sich dabei nicht allein um Provokationen. Darunter steckt ein strategischer Plan der Großbourgeoisie: die kleinbürgerlichen Massen zu betrügen und ihnen Hoffnung auf den faschistischen "Erretter" einzuflößen! Wenn tags darauf 300.000 Pariser Arbeiter gegen das faschistische Attentat demonstrierten, so zeigt uns das, wie tief die Revolutionierung der Arbeiterklasse geht. Aber wir dürfen nicht vergessen: wenige Tage vor Hitlers Antritt haben 500.000 Berliner Arbeiter demonstriert! Demonstrationen ohne Übergang zum tatsächlichen, handfesten Kampf gegen die faschistischen Banditen, verbunden mit einem Kampfprogramm gegen die Rauboffensive der Bourgeoisie, der gesamten Bourgeoisie, ausgerichtet auf die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft, auf den revolutionären Sturz der Bourgeoisie, verpuffen, bleiben letzten Endes ohne Wirkung. Sowohl SF wie Stalinpartei sind nicht instande, diesen einzig wirksamen ~~Kampf~~ wirklich zu führen: sie sind durch die "Volksfront"-Politik an die Bourgeoisie gebunden, auch wenn sie morgen in die "Opposition" gehen sollten. Diesen wirklichen Kampf zu organisieren, ist die Aufgabe der jungen revolutionären Partei des französischen ~~Proletariats~~, der PCI, der Sektion der IV. Internationale.

Die französische Bourgeoisie hat Jahrzehntelang die Massen mittels der Demokratie gegängelt und betrogen. Sie opfert dieses Betrugsinstrument durchaus nicht gerne und nicht freiwillig. Aber sie muß: der französische Kapitalismus ist ein besonderer verfaulter Ast des morschen Weltkapitalismus. Um ihren Profit zu behaupten, muß die Bourgeoisie auch in Frankreich die Massen tiefer hinabdrücken, letzten Endes niederwerfen. Sie bereitet diesen Akt heute erst vor; sie löst die unvermeidliche Aufgabe (unvermeidlich von ihrem Standpunkte aus) in Etappen. Nur das Proletariat kann ihre Pläne zunichte machen. Die heute sich abzeichnende neuerliche Verschärfung der revolutionären Weltkrise wird ihm dabei eine wesentliche Hilfe sein.

DIE WAHL IN ITALIEN.

Die italienischen Wahlen, verbunden mit einer Abstimmung über die Monarchie, zeigten in vieler Hinsicht ein den französischen ähnliches Bild. Doch sind die Unterschiede nicht weniger beträchtlich. Vor allem zeigen sie, daß die kleinbürgerlichen Massen die Tendenz haben, nach links zu gehen. Die Tiefe der Krise, in welcher der italienische Kapitalismus steckt, wird so deutlich demonstriert. Auch in Italien rufen die ganzen Verhältnisse, die Lage der Massen nach der revolutionären Lösung. Den Weg zu ihr verstehen SP und Stalinpartei mit ihrer "Volksfront"-Politik.

Die Schärfe der Krise kommt schon in der hohen Wahlbeteiligung zum Ausdruck, die das große politische Erwachen der Massen nach mehr als zwei Jahrzehnten Faschismus widerspiegelt. In manchen Gegenden gingen über 90% der Wähler zur Wahl. Ein weiteres Anzeichen dafür ist die Haltung der Frauen, die in Italien das erste Mal wählten. Der Vatikan sparte nicht mit Drohungen, um vor allem die weiblichen Wähler einzuschüchtern. Aber er erhielt eine gründliche Abfuhr. Der Sturz der Monarchie ist vor allem auch ihr Werk.

Was die einzelnen Parteien anbelangt, ihre Stärke, ihren Einfluß, so hat die meisten Stimmen die Partei der "Christlichen Demokraten" auf sich vereinigt. Diese Partei spielt in Italien dieselbe Rolle wie die MRP in Frankreich. Ein bürgerlicher Journalist sagt treffend von ihr: ihr Kopf ist rechts, ihre Basis links. Nur daß sich in Italien der Kopf noch den nach links gehenden Massen anpassen muß, z.B. in der Frage der Monarchie, für deren Abschaffung sich auch die Christlichen Demokraten aussprechen mußten, sehr zum Leidwesen des Vatikans, dessen Plänen der rechte Kopf willig folgt. Die Hauptgefolgschaft dieser Partei sind die kleinbürgerlichen Massen, vor allem die bäuerlichen. Sie sind tief unzufrieden, der Druck

der Großgrundbesitzer, vor allem in Südalien, lastet noch unvermindert auf ihnen. Mit dem Versprechen einer "Landreform" suchen die Christlichen Demokraten sie hinter sich zu halten.

Was die Arbeiterklasse anbelangt, so zeigten die Wahlen, daß sie ihr Vertrauen fast gleichmäßig SP und Stalinpartei zuwendet. Beide erhielten zusammen fast 40% der Stimmen. Aber beide binden das Proletariat an die bürgerliche Demokratie, die unrettbar verloren ist, und, was SP und Stalinpartei, das unvermeidliche Ergebnis ihrer verräterischen Politik anbelangt, der offenen Diktatur der Bourgeoisie wird Platz machen müssen – oder, bei Vorhandensein der revolutionären Partei des Proletariats, deren richtiger Politik, der proletarischen Diktatur.

Die italienische Großbourgeoisie hat auch bereits ihr Werkzeug für die Wiederaufrichtung ihrer offenen Diktatur gefunden: die "Partei des kleinen Mannes", die Neofaschisten Gianninis (Quilunquisti). Hat diese Partei vorerst auch nur wenige Prozent der Stimmen auf sich vereinigen können, und gebärdet sie sich heute auch noch als Feind jeder "Totalität", so wird sie sich morgen offen als Instrument der Großbourgeoisie zeigen.

Die Rechtsbourgeoisie konnte in Italien so wenig wie in Frankreich es schon wagen, unverhüllt hervorzutreten. Sie tarnt sich hinter verführerischen Namen, bleibt vorläufig hinter den Kulissen und bereitet sich vor. Sie weiß, daß sie von SP und Stalinpartei in Wahrheit nichts zu fürchten hat, daß es aber heute mit Rücksicht auf die tief revolutionierten Massen noch nicht möglich ist, sie zur Seite zu schieben. Aber die Fragen werden immer dringender für die italienische Bourgeoisie. Der jetzt in Paris ausgesprochene Verlust ihres Kolonialraubes wird ihre Lage noch verschärfen, sie zu rascherem Handeln zwingen, um auf den niedergeworfenen Massen ihre Profitherrschaft zu behaupten.

Dem steht aber die im Resultat der Wahlen und der Abstimmung über die Monarchie zum Ausdruck kommende tiefe Revolutionierung der Massen im Wege. Die Situation ist auf das Äußerste zugespitzt; hinter der kleinsten Frage steht in Wahrheit der Bürgerkrieg zwischen Bourgeoisie und Proletariat, steht als einzige wirkliche Lösung die revolutionäre durch das Proletariat auf der geschichtlichen Tagesordnung genau so wie in Frankreich, wie in allen kapitalistischen Ländern. Der oben erwähnte bürgerliche Journalist sieht die Dinge klarer als die Helden der kleinbürgerlichen Demokratie von SP und Stalinpartei, wenn er von den italienischen Massen schreibt als von "Massen, die in gewöhnlichen Zeiten leicht lenkbar sind, unter außergewöhnlichen Umständen aber eine unberechenbare, elementare Kraft darstellen, die den Führern aus der Oberschicht entgleitet und die weisesten Berechnungen über den Haufen wirft". Diese außergewöhnlichen Umstände sind heute in Italien da, fassen sich zusammen in der tiefen sozialen und revolutionären Krise, in welcher Italien schwebt. Der einzige Ausweg ist der revolutionäre, ist die Lösung der Krise durch den Sturm der Bourgeoisie, welchen das Proletariat durchführen muß. Auf dem Wege dahin muß es die "sozialistisch"-stalinistische Barriere der verräterischen "Volksfront" durchbrechen. Die vordringlichste Frage ist auch in Italien die Frage der neuen revolutionären Partei des Proletariats. Wir wissen nicht, welche Kraft heute schon die IV. Internationale in Italien entwickelt. Aber sie findet für ihre Aktion die denkbar günstigsten objektiven Bedingungen vor. Sie muß um das kampfgewillte Proletariat die Massen der Landarmen Bauern sammeln, und, indem sie am Hand des praktischen Kampfes für die Grundinteressen dieser Massen ihnen die völlige Untauglichkeit von SP und Stalinpartei bewiesen hat, die Grundfrage unserer Epoche auch in Italien lösen: die Macht dem Proletariat.

DAS "KLEASSENGLEICHGEWICHT".

Die "Arbeiter-Zeitung" hat schon anlässlich der Novemberwahlen in Österreich von einem "Klassengleichgewicht" gesprochen, das sich im Wahlresultat ausdrückte dadurch, daß sich bürgerliche und proletarische Stimmen das Gleichgewicht hielten oder annähernd an das-selbe herankamen. Es entspricht dem parlamentarischen Kretinismus dieser Kleinbürger, alles durch die Brille der Wahlen anzusehen und das gesellschaftliche Grundproblem auf sie zu reduzieren. Als ob bei diesem schönsten "Gleichgewicht" die Bourgeoisie nicht noch alle Macht in Produktion und Staatsapparat in der Hand hat! Aber was drückt sich in den Wahlresultaten, wie sie sowohl die Novemberwahlen in Österreich, aber auch die französischen und italienischen Wahlen jetzt gezeigt haben aus, wenn sich die Stimmenanzahl von SP/Stalinpartei und die der bürgerlichen Parteien annähernd das Gleichgewicht halten? In diesen Stimmengleichgewicht drückt sich aus, daß die Hauptmassen des Kleinbürgertums der Bourgeoisie, heute, bei der tiefen Revolutionierung der Massen, den linksbürgerlichen Parteien folgen. Welchen Schluß zieht daraus die SP? Wir brauchen uns nur zu erinnern, was dieselbe "Arbeiter-Zeitung" nach den Novemberwahlen verkündete: vorwärts zur Gewinnung der kleinbürgerlichen Stimmen! Man kann sagen, daß die Wahl in Frankreich bereits zeigt, wohin sich das Kleinbürgertum wendet, wohin es durch die sozialdemokratische und stalinistische Politik der verräterischen Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie getrieben wird: nur noch stärker zurück zur Bourgeoisie. Und das ist kein Wunder: SP wie Stalinpartei sind durch die Zusammenarbeit, Einheit, "Konzentration" mit der Bourgeoisie außerstande, weder dem Proletariat noch den vereinigten kleinbürgerlichen Massen wirklich zu helfen. Das geht einzig und allein auf Kosten der Bourgeoisie. Das aber kann nicht erreicht werden durch parlamentarische Wortgefechte, nicht durch die schönsten sozialistischen Phrasen, nicht durch die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, sondern einzig und allein durch den entschlossenen Kampf gegen sie! Das "Klassengleichgewicht" von heute kann nicht mit demokratisch-parlamentarischen Mitteln grundlegend verändert werden, kann nicht durch die weitergehende "Volksfront"politik, Zusammenarbeitspolitik mit der Bourgeoisie zugunsten des Proletariats aufgehoben werden. Das ist eine der entscheidendsten Lehren, welche die Jahrzehnte seit 1918 erbrachten und welche die heutigen Wahlen nur noch unterstreichen. Was SP und Stalinpartei eine Zeit lang zugute kommt, ist die tiefe Revolutionierung der Arbeiter- wie kleinbürgerlichen Massen. Aber diese Revolutionierung, so sehr sie durch die verschärfte Krise des Weltkapitalismus hervorgerufen und verlängert wird, verlangt nach dem revolutionären Ausweg. Wird dieser nicht beschritten, dann schlägt die Revolutionierung um in Enttäuschung, in Ermattung, werden die Massen durch Teilniederlagen, welche ihnen die Bourgeoisie beibringt, zermürbt und schließlich sturmreif gemacht für den entscheidenden Schlag.

Die verräterische "Volksfront"politik, Zusammenarbeitspolitik mit der Bourgeoisie, welche SP und Stalinpartei betreiben, ist das sicherste Mittel, die revolutionierten kleinbürgerlichen Massen wieder der Bourgeoisie zuzutreiben. Besonders niederrächtig führt sich dabei die Stalinpartei auf. Um an die kleinbürgerlichen Massen heranzukommen, sie nicht "abzustoßen", paßt sie sich nicht einmal ihren nach vorwärts weisenden Zügen, sondern umgekehrt ihren konservativsten an: sie tritt nationalistisch, chauvinistisch auf, weicht vor der kirchlichen Reaktion zurück, spricht von "Volksinteressen", von der "Volkseinheit" usw. Die Antwort auf dieses verräterische Anpassen geben die letzten Ereignisse in Ungarn, Polen usw., wo trotz der weitgehenden Bodenreform die kleinbürgerlichen Bauernmassen nach rechts schwanken. Dieselbe Antwort werden sie in Frank-

reich, Italien geben, wenn SP- und Stalinpolitik ungestört weitergehen. Das zufgewöhnte, verelendete Kleinbürgertum verlangt genau so wie das Proletariat nach einer entscheidenden Änderung. Seine Fragen sind so wenig wie die des Proletariats im bürgerlichen Regime mit demokratisch-parlamentarischen Mitteln und Methoden zu lösen. Es ist bereit, das herrschende "Klassengleichgewicht", d.h. seine Bindung an die Großbourgeoisie, zu zerstören, wenn es auf der proletarischen Seite nicht kleinbürgerlich-demokratische Phrasenhelden, sondern tatsächliche revolutionäre Kämpfer erblickt, die darangehen, auch seine Fragen mit Kühnheit und Tatkraft zu lösen. Nur proletarisch-revolutionäre Klassenpolitik, ausgerichtet auf den revolutionären Sturz der Bourgeoisie, auf die Beseitigung des verfaulten kapitalistischen Systems, kann das heutige "Klassengleichgewicht" aufheben zugunsten des Proletariats als dem Führer zum Sozialismus.

"DER ZUG GEHT NACH RECHTS UND NACH LINKS".

So schreibt die "A.Z." bei der Würdigung der Wahlresultate in Frankreich und Italien. Sie hat vollkommen recht - fragt sich aber nur, was sie unter links versteht. Links für die "A.Z." ist - die SP und die Stalinpartei. Nun, dieses "Links" ist für die Bourgeoisie zwar nicht angenehm, aber doch, wenigstens vorübergehend, erträglich. Aber die "A.Z." hat eine viel tiefere Wahrheit ausgesprochen als sie dachte. "Der Zug geht nach rechts und nach links" - er geht in Wahrheit entweder zur offenen Diktatur der Bourgeoisie oder zur proletarischen Revolution. Heute geht er noch nach beiden Seiten, heute kann man sagen, nach rechts und nach links. Das heißt nur so viel: heute bereiten sich die beiden Lager erst vor, heute werden die Truppen gesammelt, heute rüsten die beiden Lager erst! Aber die entscheidende Schlacht naht! Entweder nach rechts - oder nach links, nach wirklich links: das wird die Parole sein am Tage der Schlacht. Diese Schlacht bereitet sich heute in Frankreich, in Italien vor. Sie wird sich morgen in anderen Ländern ankündigen, vorbereiten. Sie steht in Wahrheit längst auf der geschichtlichen Tagesordnung. Das Proletariat hat heute wieder alle Chancen in der Hand. SP und Stalinpartei gemmen, bremsen den revolutionären Aufmarsch, stellen sich ihm in den Weg. Aber sie werden ihn nicht dauernd aufhalten können. Alles hängt von der revolutionären Partei des Proletariats, von der IV. Internationale ab. Nur sie kann, nur sie wird den wirklichen "Zug nach links", den neuen Vormarsch der proletarischen Weltrevolution organisieren.

Aus den Thesen des III. Weltkongresses der Komintern 1921:

"Nicht die Existenz- und Konkurrenzfähigkeit der kapitalistischen Industrie, noch die Tragfähigkeit der kapitalistischen Finanzwirtschaft sollen die kommunistischen Parteien beachten, sondern die Grenzen der Not, die das Proletariat nicht ertragen kann und darf. Wenn die Forderungen dem lebhaften Bedürfnis breiter proletarischer Massen entsprechen, wenn diese Massen von dem Empfingen erfüllt sind, daß sie ohne deren Verwirklichung nicht existieren können, dann werden die Kämpfe um diese Forderungen zu Ausgangspunkten des Kampfes um die Macht."

N. Lenin, "Staat und Revolution", 1917:

"Wir aber trennen uns von den Opportunisten. Und das ganze klassenbewußte Proletariat wird mit uns sein im Kampfe nicht für eine 'Verschiebung der Machtverhältnisse', sondern für einen Sturz der Bourgeoisie, für die Zerstörung des bürgerlichen Parlamentarismus, für die demokratische Republik von der Art der Pariser Kommune, oder eine Republik der Arbeiter- und Soldatendeputiertenräte, für die revolutionäre Diktatur des Proletariats."

BÜROKRATISCHE VEREINIGUNG IN DEUTSCHLAND

Was bedeutet die auf dem Parteikongreß zu Ostern 1946 in Berlin beschlossene Vereinigung der SPD und "KPD" zur "Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands" (abgekürzt - SEPD)? Um diese Frage zu untersuchen und vom Standpunkte des revolutionären Proletariats zu beantworten sei gleich vorweg gesagt, daß das uns zur Verfügung stehende Pressematerial darüber nur äußerst unvollständig ist. So fehlen uns vor allem genaue Berichte über die programmatiche ~~Grund~~ Lage der neuen Einheitspartei, trotzdem sind wir in der Lage aus den bisher bekannten Tatsachen bestimmte Schlüsse und Vergleiche, auch historische Analogien zu ziehen. Wir werden vor allem klarstellen müssen, welche konkreten Klassenkräfte und Interessen stehen hinter dieser Vereinigung und ist ihr Vollzug im Interesse des revolutionären Proletariats? Denn die Tendenz zur Vereinigung der beiden kleinbürgerlich-demokratisch-bürokratischen Arbeiterparteien ist für eine Reihe von europäischen Ländern kennzeichnend. Wobei hierzu die Initiative vor allem von der Stalinbürokratie ausgeht. Diese Bestrebungen werden nun aber von dem fortgeschrittenen Teil der Arbeiter aktiv unterstützt und das ist äußerst wichtig für uns. Denn diese Arbeiter meinen, zum Teil in der Spaltung der Arbeiterbewegung die Ursache der Hemmung des Klassenkampfes zu sehen. So steht auch für die Österreichische Arbeiterklasse die Frage zur Diskussion und fand ihren lebendigen Niederschlag in den Lösungen zur Maidemonstration, den positiven Reflex in den Massen und der Ablehnung der reaktionären Stellungnahme der SP-Führung.

DIE VORGESCHICHTE.

Bevor wir auf die oben angedeutete Fragestellung näher eingehen, nur einige kurze chronologische Daten und Tatsachen zur Klarstellung des Falles.

Im Dezember 1945 wurde der Beschuß des ZK der KPD und SPD bekanntgegeben, sich auf einem zu Ostern 1946 in Berlin stattfindenden Vereinigungskongreß zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auf der Grundlage der Programme des Gothaer und Eisenacher Kongresses zu einer sozialistisch-marxistischen Partei zu vereinigen. Im April fanden nun in den Ländern der russischen Besatzungszone Deutschlands Parteikonferenzen beider Parteien statt, auf welcher die Vereinigung beschlossen wurde und welche zur Vorbereitung der zentralen Parteikonferenz dienten. In Berlin selbst sollte nun innerhalb der SPD eine Urabstimmung aller Mitglieder über die Vereinigung stattfinden. Welche aber im letzten Augenblick über Weisung der Stalinbürokratie im russisch besetzten Teil Berlins verhindert wurde. Während sie in den anderen Bezirken Berlins folgendes Ergebnis brachte:

"An der Abstimmung nahmen daher nur zwölf Bezirke mit 39.000 von den über 66.000 Mitgliedern der Berliner SP teil. Auch von diesen beteiligte sich nur die Hälfte. Abgestimmt sollte über zwei Punkte werden, Verschmelzung und Einheitsfront. Insgesamt stimmten gegen den Verschmelzungsbeschuß 19.530 Personen oder 29% der Mitgliedschaft von Groß-Berlin. Für den zweiten Punkt stimmten 14.763 an der Abstimmung Beteiligte für 'ein Bündnis der beiden Parteien, das eine gemeinsame Arbeit sichert und den Bruderkampf ausschließt'. Gegen ein solches Bündnis wurden nur 5568 Stimmen abgegeben." (Volksstimme vom 4.4.46).

Am 21. und 22.4.46 fand nun in Berlin der erste Kongreß der neuen Partei statt auf welchem einstimmig der Entwurf der Grundprinzipien und Ziele der SEPD angenommen wurde. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß auf eine Diskussion über das politische Referat: "Die Einheits-

partei und der Neuaufbau Deutschlands" über Antrag der Delegeirten Sachsens verzichtet wurde, mit dem Hinweis darauf, "da die grundlegenden Probleme in den Reden Piecks und Grotewohls zum politischen Referat erschöpfend beleuchtet wurden". Nichts zeigt deutlicher die kommandierende Rolle der Parteibürokratie auf diesem Kongreß, als diese Tatsache der Unterbindung jeder politischen Diskussion. Gegen das vorgeschlagene Statut stimmten 21 von insgesamt 1055 Delegierten.

Während nun die Stalinbürokratie die neue Einheitspartei sofort anerkannte, verweigerten ihr die Imperialisten der USA und Englands bisher die Anerkennung und unterstützen weiterhin die Existenz einer selbständigen SP in ihren Besatzungszonen, wobei sie ebenfalls vor Repressivmaßnahmen gegen die Funktionäre der neuen Einheitspartei nicht zurückschrecken.

Bevor wir nun zur Analyse der neuen Partei übergehen, wollen wir kurz

DAS WESEN DER SPALTUNGEN IN DER ARBEITERBEWEGUNG

überhaupt untersuchen. Die Geschichte der modernen Arbeiterbewegung gibt ein lebendiges, widerspruchsvolles, durch den dialektischen Prozeß bedingtes Bild ihres revolutionären Aufstiegs, ihres Ringens um die theoretische Klarheit und Zielsicherheit, aber auch ein Bild ihrer schweren inneren politischen Kämpfe, Gegensätze und Spaltungen in die verschiedensten Richtungen, welche selbst wieder nur Ausdruck der Wechselbeziehungen der lebendig wirkenden Klassenkräfte der Gesellschaft auf das Proletariat sind. Der größte und gefährlichste Einfluß zur Spaltung der Arbeiterklasse und seiner Klassenpartei geht über immer von der Bourgeoisie, ihren Ideologien und ihren eigenen Klasseninteressen auf das Proletariat aus. Dem kann nur bewußt entgegenwirken eine revolutionäre Arbeiterpartei, fußend auf den Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus und unbeugsam die Interessen des Proletariats im Klassenkampf in Theorie und Praxis vertretend. Wie die Spaltung der Gesellschaft in verschiedene Parteien nur der tatsächlich, politisch konkrete Ausdruck ihrer Differenzierung in verschiedene Klassen und Zwischenschichten mit bestimmten materiellen Interessen ist, so trifft dies auch auf die einzelnen Parteien selbst zu. Die Spaltung ist also immer nur die letzte Konsequenz tatsächlich vorhandener, verschiedener, unüberbrückbarer Klassengegensätze. Die Kommunisten sind daher immer prinzipiell für die Spaltung, sobald sich in den grundsätzlich prinzipiellen Fragen des proletarisch-revolutionären Klassenkampfes ein Nichtübereinstimmen der Theorie und Praxis in der Partei zeigt. Sie sind dann für die Spaltung, weil sie für die Reinheit und Klarheit der marxistisch-leninistischen Theorie, für die schärfste Abgrenzung der kommunistischen Partei gegenüber allen auf die Partei tödlich wirkenden bürgerlichen Einflüssen auftreten. So wie sich der ernste verantwortliche Chirurg zur sofortigen Operation entschließt, wenn er als guter Arzt erkannt hat, daß ein weiteres Verbleiben des Krebsgeschwürs im ~~im~~ menschlichen Körper zur totalen Fäulnis und somit zum Tode des ganzen Organismus führen muß.

In der geschichtlichen Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung unterscheiden wir drei für die weitere Gestaltung der Bewegung entscheidende Spaltungen:

1. Die Spaltung innerhalb der I. Internationale in Marxisten und Anarchisten (Bakunisten);
2. innerhalb der II. Internationale in Kommunisten und Reformisten (Sozialchauvinisten, Krutskyanern usw.);
3. in der III. Internationale in Bolschewiki-Leninisten (Trotzkisten) und Stalinisten.

Jede dieser drei Spaltungen war im Interesse der Vorwärtsentwicklung des proletarischen Klassenkampfes historisch notwendig und ist durch die Tatsachen unbedingt bewiesen.

DER ANARCHISMUS.

Der Anarchismus, gekennzeichnet durch seine Ablehnung des politisch bewußt und organisiert geführten Klassenkampfes durch die proletarisch-revolutionäre Partei um die Errichtung und Behauptung der proletarischen Diktatur, demgegenüber der Anarchismus auf dem individuell und in einzelnen Gruppen durchgeführten Terrorismus beharrt, jeden Staat und somit auch die notwendige Phase des proletarischen Staates ablehnt und demgegenüber die sich "frei" auf föderalistischer Basis organisierenden anarchistischen Gemeinden (Kollektiven) propagiert.

Der Anarchismus, entstanden in den Ländern, in denen sich der Kapitalismus auf der Basis noch äußerst rückständiger feudaler Verhältnisse entwickelte, welche der ganzen Gesellschaft ihren Stempel aufdrückten (Leibeigenschaft, Analphabetismus, tyrannisches Staatsystem usw.) beweist in seiner Negierung der führenden Rolle des Proletariats in seinem Befreiungskampf nur den Einfluß des Kleinbürgertums auf die proletarische Bewegung. Was die Massen ihrer Meinung nach nicht vermögen, das werden sie selbst als einzelnes sich in der Tat aufopferndes Individuum vollbringen. Der Anarchismus ist heute eine zum Großteil schon überwundene Erscheinung in der Arbeiterbewegung. Dort wo er noch eine Rolle spielt, wie in Spanien, in gewissen Ländern Lateinamerikas, wie Mexiko, ist er in den entscheidenden Phasen des Klassenkampfes auf die Seite der Bourgeoisie übergegangen.

DER REFORMISMUS,

schon um die Jahrhundertwende sich als politische Strömung in den Parteien der II. Internationale entwickelnd, war der politische Ausdruck der sich in der "friedlichen" Phase der Entwicklung des Kapitalismus zum Imperialismus auf der Basis der Surplusprofite, d.h. der relativ und absolut gesteigerten Ausbeutung der kolonialen und halbkolonialen Länder und Völker sich entwickelnden und schmarotzenden Arbeiterbürokratie und Arbeiteraristokratie in den Parteien der II. Internationale, ihre Spaltung in einen kleinbürgerlichen Kopf und einer breiten proletarischen Basis, welche diesen trügt und nährt. Diese Spaltung kam nun zum offenen Ausdruck bei Ausbruch des ersten imperialistischen Weltkrieges, durch die verräterisch-chauvinistische Haltung dieser Parteien zum Kriege und zur proletarischen Revolution. So wie nun der revolutionär-marxistische Flügel in der I. Internationale subjektiv als Richtung (Fraktion, Partei) und objektiv durch die Auswirkung seiner klaren proletarischen Klassenpolitik in Gegensatz zum Anarchismus trat und sich somit die Bewegung naturnotwendig spaltete, so entwickelte sich im Gegensatz zum Reformismus in der II. Internationale der linke revolutionäre Flügel, dessen Kern durch die bolschewistische Gruppe unter der Führung Lenins repräsentiert wurde, welcher sich nach der Machtergreifung der Bolschewiki in Rußland 1917 zur III. Internationale zusammenschloß.

DER STALINISMUS.

Die dritte große Spaltung in der Arbeiterbewegung ist letzten Endes der Ausdruck und das Ergebnis der Isolierung der proletarischen Revolution in einem ökonomisch äußerst zurückgebliebenen Lande, der damit verbundenen Entwicklung einer starken Bürokratie, die, nun selbst ihre eigene Macht befestigend, das Proletariat zurückdrängt bis zu dessen völliger politischer Entmachtung. In dessen Reihen aber die fortgeschrittenen Elemente unter der Führung Trotzkis schon 1923 die furchtbare Gefahr der bürokratischen Entartung des ersten Arbeitstaates ahnen und den bewußten, konsequenten Kampf dagegen aufnahmen, welcher dann in seinen verschiedenen Etappen 1934 zur vorbereitenden Gründung der IV. Internationale führte.

DIE EINHEIT IM INTERESSE DER BÜROKRATIE.

Nachdem die Spaltungen innerhalb der **Arbeiterbewegung** in ihrem geschichtlichen Prozeß nur der tatsächliche Ausdruck vorhandener tiefer, unüberbrückbarer Klassengegensätze waren, so ist eine Einigung der Bewegung im Interesse des Proletariats nur möglich auf der Grundlage einer Politik, welche sich auf einer klar umrissenen proletarischen Klassenlinie bewegt.

Als unabdingbare Voraussetzungen zur Vereinigung sind vor der ganzen breiten Arbeiteröffentlichkeit genauest zu untersuchen, zu überprüfen und klarzustellen:

1. Was sind die Ursachen und Gründe gewesen, welche zur Spaltung geführt haben?
2. Sind diese bis jetzt die Bewegung trennenden Faktoren durch die weitere politische Entwicklung des einen oder anderen bisher getrennten Teiles beseitigt? Wurden grundsätzliche Fehler als solche erkannt und dementsprechend offen korrigiert?
3. Die Notwendigkeit der Ausarbeitung eines gemeinsamen prinzipiellen strategischen Programms (Plattform). Annahme desselben auf einem durch das Prinzip demokratischer Wahlen, wenn dies aus konspirativen Gründen nicht möglich ist, dann durch demokratische Kooptierung (durch die Auslese der Fähigsten, Aktivisten) einzuberufenden Parteikongresses.
4. Die Vorbereitung der Einigung durch die breitesten und offensten Erörterung aller Fragen vor der ganzen Arbeiteröffentlichkeit wie durch Pressediskussionen, Versammlungen usw.

Wenn wir nun diese Kriterien an die nun vollzogene "Vereinigung" zur SEPD als prüfenden Maßstab anlegen, so ergeben sich für uns folgende Tatsachen:

- a) Die wahren Ursachen der Spaltung der deutschen SP im Jahre 1914 wurden nicht aufgezeigt, im Gegenteil, diese wurden vor den Arbeitern bewußt verschwiegen. Denn diese Ursachen sind heute noch genau so kennzeichnend für die Grundlinie der verräterischen Politik der SP wie damals, nämlich die Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie, der Politik des offenen Sozialchauvinismus, des Verrates an der proletarischen Revolution.
- b) Die Basis der "Einheit" auf der Grundlage dieser verräterischen Politik ist nun gegeben nicht durch das gemeinsame Klasseninteresse des Proletariats, sondern durch das gemeinsame bürokratische Selbstbehauptungsinteresse der Bürokraten, ihre usurpierten Machtpositionen weiterhin vereint gegenüber dem deutschen Proletariat zu behaupten. Nicht die SP-Bürokratie ist revolutionär geworden, sondern die Stalinbürokratie ist auf der politischen Grundlinie des bankrotten Reformismus gelandet. In der ersten politischen Erklärung nach der militärischen Niederwerfung des deutschen Faschismus erklärte doch die "KP" Deutschlands, nicht für die Schaffung eines Sowjetstaates, sondern für ein demokratisches Deutschland, lies: bürgerliches, kapitalistisches Deutschland einzutreten. Die "Einigung" wurde nun vollzogen, genauer gesagt kommandiert in Interesse der russisch-nationalen Politik der Stalinbürokratie, um aus der deutschen Arbeiterklasse ein sicheres Instrument zur Ausnutzung für ihre parasitäre Politik zu machen. Daher sind auch die anglo-amerikanischen Imperialisten gegen diesen Zusammenschluß, denn sie betrachten die SP als ihren Lakaien, ihre Stütze, ihren verlängerten Arm, um das deutsche Proletariat niederzuhalten und auszusaugen.
- c) Die "Vereinigung" wurde daher nicht demokratisch durchgeführt, sondern von oben her kommandiert. Als man annahm, daß die Ab-

stimmung in Berlin ungünstig ausfallen könnte, wurde sie einfach durch die Stalibürokratie im Wege der Besatzungsmaht verboten, sowie jede ernsthafte politische Diskussion auf dem Vereinigungsparteitag unterbunden.

EINE WIRKLICH REVOLUTIONÄRE VEREINIGUNG.

Dem gegenüber zu stellen ist die absolute Notwendigkeit einer wirklich revolutionären Vereinigung des Proletariats zu einer marxistisch-leninistischen Klassenpartei. So wie die vollzogene Vereinigung der Gemäßigten und Radikalen des österreichischen Proletariats am Hainfelder Parteitag 1889 zur "Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs" eine Einigung, bei welcher die vorerwähnten drei Voraussetzungen im großen und ganzen erfüllt wurden. Dieser Zusammenschluß bedeutete in seiner Wirkung eine große Stärkung des Klassenkampfes des österreichischen Proletariats. Sie war unbestreitbar ein notwendiger geschichtlicher Fortschritt.

Die "Einigung" in Deutschland verstärkt die Position der nun vereinigten Bürokratie in der SEPD gegen das deutsche Proletariat einerseits und erschwert die Tätigkeit der proletarischen Opposition in organisatorischer Hinsicht. Andererseits nimmt sie aber der Bürokratie ein sehr gewichtiges Scheinargument aus den Händen, nämlich das bis jetzt zum Überdruß vernehmbare Deklamieren: nur die Spaltung ist die Ursache all der furchtbaren Niederlagen des Proletariats, damit geht sie aber der entscheidenden Frage der Politik aus dem Wege. Nun fällt dies aber weg und erleichtert somit den Kampf der proletarischen Revolutionäre um die kritische Klärung des Bewußtseins der Avantgarde. Denn die wirklich einheitliche, siegreiche, revolutionäre, kommunistische Arbeiterpartei kann nur auf dem Boden des unbeugsamen Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie entstehen, dessen kühnste und konsequente Streiter die sich in der ganzen Welt formierenden und kämpfenden Kader der IV. Internationale sind.

B.

Leo Trotzki, "Wohin geht Frankreich?" 1936:

"Die Vierte Internationale erhebt sich auf den Schultern ihrer drei Vorgängerinnen. Die Schläge sausen auf sie ein von vorne, von der Seite und von hinten. Karrieristen, Feiglinge, Philister haben in ihren Reihen nichts zu suchen. Der zu Beginn unvermeidliche Einschlag von Sektierern und Abenteurern siebt sich mit dem Wachsen der Bewegung heraus. Mögen Pedanten und Skeptiker mit den Schultern zucken über die 'kleinen' Organisationen, die so 'kleine' Zeitungen herausgeben und der ganzen Welt den Fehdehandschuh hinwerfen. Ernste Revolutionäre gehen mit Verachtung an den Pedanten und Skeptikern vorüber. Die Oktoberrevolution ging auch einmal in Kinderschuhen..."

Aus den Thesen des III. Weltkongresses der Komintern, 1921:

"Zur Arbeitspflicht in der kommunistischen Organisation gehört notwendigerweise auch die Pflicht zur Berichterstattung. Diese obliegt sowohl allen Organisationen und Organen der Partei als auch jedem einzelnen Parteimitglied. Die allgemeine Berichterstattung muß regelmäßig für kürzere Perioden erfolgen. Dabei ist über die Erfüllung spezieller Parteaufträge besonders zu berichten. Es ist wichtig, die Berichterstattungspflicht so systematisch durchzuführen, daß sie sich als beste Tradition in der kommunistischen Bewegung einwurzelt."

=====
Genossinnen, Genossen, vergeßt nicht, daß wir in der ILLEGALITÄT arbeiten. Beachtet die Regeln der KONSPIRATION!

UN S E R E _ S T E L L U N G _ Z U R N A T I O N A L E N _ F R A G E _ I N _ E U R O P A .

Der zweite imperialistische Weltkrieg und seine Folgen haben die Diskussionen über die nationale Frage in Europa wieder auflieben lassen.

Wir veröffentlichen in dieser Nummer der "IV. Internationale" einige prinzipielle Dokumente, die den Standpunkt von isolierten Genossen oder den von Sektionen darstellen.

Unsere Bewegung ist die einzige, die gegenwärtig ihre Aufgaben als revolutionäre Avantgarde erfüllt und alle grundsätzlichen Fragen der proletarischen Bewegung stellt und diskutiert.

Die Diskussion über die nationale Frage, die während des Krieges stattfand, war besonders heftig und endete in tiefen Gegensätzen, die auch heute noch nicht abgeschlossen sind. Die objektiven Ursachen dieser Auseinandersetzungen, die Besetzung Europas durch die Armeen des deutschen Imperialismus, existieren gegenwärtig in anderer Form, jener der gemeinsamen Besetzung Europas durch die amerikanischen, englischen und französischen Imperialisten und durch die USSR.

In den folgenden Zeilen werden wir versuchen, drei Aspekte dieses Problems zu klären, um das Problem als ganzes richtig zu verstehen:

- a) Die nationale Frage in Europa während der imperialistischen Epoche.
- b) Die nationale Frage während des letzten imperialistischen Krieges.
- c) Die nationale Frage heute.

DIE NATIONALE FRAGE IN EUROPA WÄHREND DER IMPERIALISTISCHEN EPOCHE.

Lenin war es, der am klarsten die Stellung des revolutionären Marxismus zur nationalen Frage in der imperialistischen Epoche formulierte.

Lenin griff zu folgenden, schon von Marx und Engels über die nationale Frage aufgestellten wichtigen Grundsätzen:

1. Die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes jedes unterdrückten Volkes durch das Proletariat des Unterdrückerstaates und
2. die Forderung dieses Rechtes durch das Proletariat einer unterdrückten Nation muß in ihrem relativen und nicht absoluten Sinne aufgestellt werden, d.h. den Interessen der sozialistischen Bewegung im allgemeinen Rechnung tragen.

Er hat unter anderem die Veränderungen dieser Grundsätze in der imperialistischen Epoche aufgezeigt.

Zur Zeit Marx' und Engels sprach man sich für die Befreiung der großen Nationen, der großen revolutionären Völker des Westens (die Deutschen, Polen, Ungarn) aus, gegen den Zarismus, der zu dieser Zeit die bedeutendste reaktionäre Kraft darstellte, sowie auch gegen gewisse kleine nationale Bewegungen (wie die der Tschechen), "die sich der Zarismus gegen die Demokratie bediente". In der imperialistischen Epoche hingegen "erkennen sich die Sozialisten gegen die den imperialistischen Mächten, der imperialistischen Bourgeoisie, den Sozialimperialisten untergeordnete Einheitsfront; die Sozialisten wollen alle nationalen Bewegungen, die sich gegen den Imperialismus erklären, für ihre Revolution ausspielen" (Lenin).

Nationale Bewegungen sind nicht nur in den kolonialen und halbkolonialen Ländern möglich und unvermeidlich.

Lenin anerkannte die Möglichkeit nationaler Bewegungen und

nationaler Kriege selbst in Europa u.zw. von Seiten kleiner annexierter oder unterdrückter Staaten gegen die imperialistischen Großmächte und er führte als Beisp. Belgien, Serbien, Galizien und Albanien an.

Die Taktik, die er diesen Bewegungen gegenüber vorschlug, war, ihnen in dem Maße zu helfen, als sie die Krise des Imperialismus verschärften und vertieften - ohne aber die allgemeinen Interessen der sozialistischen Bewegung zu kompromittieren. Lenin präzisierte die nach seinen eigenen Worten "unbestreitbar verworrene" Stellung der revolutionären Marxisten folgendermaßen:

"Wir müssen trachten, die Arbeiter zur 'Gleichgültigkeit' gegenüber den nationalen Führungen zu erziehen, das ist unbestreitbar, aber nicht zur Gleichgültigkeit gegenüber den Gebiets eroberern. Der Angehörige einer unterdrückenden Nation muß gegenüber der Frage, ob die kleinen Nationen es wünschen seinem Staat anzugehören, oder dem Nachbarstaat oder selbständig zu sein, gleichgültig sein und wenn er diese 'Gleichgültigkeit' nicht zeigt, dann ist er kein Sozialdemokrat. Um internationaler Sozialdemokrat zu sein, darf man nicht nur an seine Nation denken; über sie müssen die Interessen aller, ihre allgemeine Freiheit und ihre gleichen Rechte gestellt werden. In der 'Theorie' sind darüber alle einverstanden, aber in der Praxis zeigt man fast immer eine Gleichgültigkeit gegenüber den Gebiets eroberern. Hier liegt des Übels Wurzel."

Der Sozialdemokrat einer kleinen Nation hingegen muß in seiner Propaganda das ganze Gewicht auf das erste Wort unserer gemeinsamen Formel "freiwillige Einheit" der Nationen legen. Er kann, ohne seinen Verpflichtungen als Internationalist zu schädigen, Anhänger der politischen Unabhängigkeit seiner Nation sein und gleichzeitig ihres Anschlusses an den Nachbarstaat XYZ. Aber in allen Fällen muß er gegen die Engstirnigkeit, die Isolierung und den Partikularismus des Standpunktes der kleinen Nationen kämpfen, er muß fordern, daß man den allgemeinen Interessen der Nationen Rechnung trage, daß die besonderen Interessen denen der Gesamtheit untergeordnet werden.

Jene, die über diese Frage nicht nachgedacht haben, finden es 'widerspruchsvoll', daß die Sozialdemokraten der unterdrückenden Nationen die 'Freiheit der Lostrennung' unterstreichen, während die Sozialdemokraten der unterdrückten Nationen für die 'freiwillige Vereinigung' der Nationen eintreten. Es genügt aber, einen Augenblick darüber nachzudenken, um zu sehen, daß es keinen anderen Weg zum Internationalismus und zur Vereinigung der Nationen gibt; in der gegenwärtig gegebenen Situation kann kein anderer Weg zu diesem Ziel führen."

Aber Lenin hat niemals den imperialistischen Charakter des Krieges von 1914-18 bezweifelt und er hat trotz der Möglichkeit, daß dieser Krieg die Invasion oder vorübergehende Besetzung einer dieser Länder durch ein anderes, die Aufgabe der Sozialisten Englands, Frankreichs, Deutschlands, und Österreich-Ungarns, eine konsequente internationalistische Politik des revolutionären Defaitismus zu üben, in Frage gestellt.

Er vor allem war es, der sich dem von Rosa Luxemburg unternommenen Versuch widersetzt, in Deutschland ein 'nationales Programm' hervorzuheben und das 'Vaterland' durch die 'Mittel des Klassenkampfes' zu verteidigen.

Lenin antwortete auf diesen Versuch: "1793 und 1848 war die bürgerlich-demokratische Revolution in Frankreich wie in Deutschland und ganz Europa objektiv an der Tagesordnung. Dieser historischen Situation entsprach ein 'wirklich nationales' Programm, d.h. das national-bürgerliche Programm der damaligen Demokratie, das 1793 durch die revolutionären Elemente der Bourgeoisie und durch den Pleb realisiert wurde; ein Programm, das Marx 1848 im Namen der gesamten fortgeschrittenen Demokratie aufstellte. Den feudalen Kriegen und

- 19 -

den Kriegen der Dynastien widersetzen sich damals objektiv die revolutionären demokratischen Kriege und die nationalen Befreiungskriege. Das war der Inhalt der historischen Probleme dieser Epoche.

Die objektive Situation in den großen fortgeschrittenen Staaten Europas ist gegenwärtig eine andere. Der Fortschritt ist - wenn man gewisse vorübergehende Rückschläge nicht außer Acht läßt - nur möglich in der Richtung der sozialistischen Gesellschaft. Dem bürgerlich-imperialistischen Krieg, dem Krieg eines hochentwickelten Kapitalismus, kann sich objektiv, vom Standpunkt des Proletariats, vom Standpunkt des Fortschritts nur ein Krieg gegen die Bourgeoisie, ein Krieg um die Macht widersetzen, ohne dem keine ernste Bewegung nach vorwärts möglich ist und dann - aber nur unter besonderen Bedingungen - ein Krieg zur Verteidigung des sozialistischen Staates gegen den bürgerlichen Staat. Darum sind jene Bolschewiken (gleicherweise sind es nur wenige), die bereit sind, sich unter den Bedingungen einer siegreichen Revolution oder des Sieges der Republik in Rußland auf den Standpunkt der bedingten Verteidigung des Vaterlandes zu stellen, dem Buchstaben des Bolschewismus treu geblieben, haben aber dessen Geist verraten; denn das in den imperialistischen Krieg der fortgeschrittenen imperialistischen Mächte Europas hineingezogene Rußland würde selbst unter einer republikanischen Regierung einen imperialistischen Krieg führen."

DIE NATIONALE FRAGE WÄHREND DES ZWEITEN IMPERIALISTISCHEN KRIEGES.

Am Vorabend des zweiten Weltkrieges bezog Trotzki in der nationalen Frage eine Stellung, die der Lenins während des anderen Krieges ähnlich ist und die uns als allgemeiner Leitfaden für unsere Stellung gegenüber den durch die deutsche Besetzung hervorgerufenen Problemen dienen soll.

Lenin schrieb 1916: "Daß der gegenwärtige imperialistische Krieg von 1914-16 sich in einen nationalen Krieg umwandelt, ist absolut nicht wahrscheinlich; denn die einzige fortschrittliche Klasse, das Proletariat, ist objektiv bemüht, diesen Krieg in einen Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie umzuwandeln; im übrigen sind die Kräfte der beiden Lager nicht fühlbar ungleich und das internationale Finanzkapital hat überall eine reaktionäre Bourgeoisie gebildet. Aber es ist unmöglich zu erklären, daß eine solche Umwandlung unmöglich sei: wenn das Proletariat Europas einige Jahrzehnte hindurch ohnmächtig bleiben würde; wenn der gegenwärtige Krieg durch Siege auf die Art Napoleons und durch die Unterwerfung lebensfähiger Nationen enden würde; wenn der außereuropäische Imperialismus (vor allem der Japans und Amerikas) sich z.B. auf Grund eines amerikanisch-japanischen Krieges noch zwei Jahrzehnte erhalten könnte ohne den Sozialismus Platz zu machen, dann wäre ein großer nationaler Krieg in Europa möglich. Das wäre eine Rückentwicklung Europas, ein Rückschritt um einige Jahrzehnte. Das ist unwahrscheinlich. Aber das ist nicht unmöglich, denn sich vorzustellen, daß die Weltgeschichte regelmäßig und sicher vorwärts schreitet, ohne nachmal gigantische Sprünge nach rückwärts zu machen, das ist nicht dialektisch, nicht wissenschaftlich und theoretisch falsch."

Die 1938 von Trotzki eingenommene Stellung fußt auf der gleichen allgemeinen Linie: von einer Umwandlung des zweiten imperialistischen Weltkrieges in einen nationalen Krieg kann nicht die Rede sein; es kann auch nicht in Frage kommen, die großen kapitalistischen und imperialistischen Nationen Europas, die von ihren Gegnern besiegt und besetzt werden, als in den Rang unterdrückter Nationen zurückgeworfene Völker zu betrachten und so den Kampf ihrer Bourgeoisie als "nationalen" Kampf zu rechtfertigen und es kann auch nicht die Rede sein von einer "nationalen und demokratischen Revolution", die sich von der sozialistischen Revolution unterscheidet.

Trotz dieser klaren und eindeutigen Warnung hatte die deutsche Besetzung in unseren Reihen die Entwicklung zweier ~~extremer~~ und gleich falscher Positionen in der nationalen Frage zur Folge: die eine, vertreten durch die Führung unserer deutschen Sektion IKD und in den "Drei Thesen" formuliert, stellt die opportunistische und revisionistische Abweichung dar; die andere, vertreten durch Minderheiten in bestimmten Sektionen, stellt die ultralinke und ~~sektiere-~~ rische Abweichung dar. Zwischen den beiden entwickelten sich mehr oder weniger von beiden verschiedene Tendenzen.

Welches war nun unter diesen Umständen die richtige Stellung?

Es mußte vor allem der imperialistische Charakter des Krieges auf beiden Seiten, sowohl auf der Seite Deutschlands als auf der Seite der alliierten Nationen anerkannt werden, und der Kampf der USSR durfte nur in der Phase als "fortschrittlicher Krieg" bezeichnet werden, wo keine Gebietseroberungen erfolgten.

Dann handelte es sich darum, eine erste Unterscheidung zwischen den besiegt (insbesondere Frankreich) und besetzten großen imperialistischen Ländern und den "kleinen Staaten", die annexiert oder unterdrückt wurden, immer der Entwicklung einer Reihe von diesen "kleinen Nationen" in der Periode zwischen den zwei Kriegen Rechnung tragend. Mehrere unter ihnen hatten nicht nur theoretisch die Möglichkeit, wie zu Zeiten Lenins, ein anderes Volk zu unterdrücken, sondern hatten sich wirklich zu kapitalistischen und imperialistischen Unterdrückernationen entwickelt (Tschechoslowakei, Polen, Jugoslawien).

In allen großen oder kleinen besetzten Ländern mußte die Bourgeoisie als reaktionär betrachtet werden und als unfähig, einen Kampf für die nationale Unabhängigkeit zu führen, nachdem sie in zwei Fraktionen gespalten war, die beide an eine der großen imperialistischen Cliquen gebunden waren.

Diese Feststellungen ermöglichten eine revolutionär-marxistische Taktik gegenüber dem, was man als die "neue nationale Frage in Europa" bezeichnete.

Das revolutionäre Proletariat erkannte, daß die deutsche Besetzung Europas Ursache einer nationalen Unterdrückung war und nahm in sein Programm die Forderung des Selbstbestimmungsrechtes für alle Völker auf.

Seiner eigenen Bourgeoisie kein Vertrauen schenkend und erkennend, daß der Kampf für die nationale Unabhängigkeit in der imperialistischen Epoche untrennbar ist vom Kampf gegen den Imperialismus und für den Sozialismus, führte es den Kampf mit seinen eigenen Klassenmethoden, das sind:

in Deutschland selbst Klüpftees für den revolutionären Sturz des Nazismus und die Zurückziehung der deutschen Besatzungstruppen in Europa,

in den besetzten Ländern führte es den Kampf gegen die deutsche Besetzung im internationalistischen Klassengeist und betonte die Verbrüderung mit den deutschen Arbeitern in Uniform und die Notwendigkeit der freien Föderation der Völker in den Vereinigten Sozialistischen Staaten Europas.

Es verwarf infolgedessen den Gedanken einer "national-demokratischen Revolution", über welche Stufe sein Kampf hätte gehen sollen bevor es sich auf der Grundlage seines eigenen sozialistischen Programms zur proletarischen Revolution entwickelte.

Die Forderung des Selbstbestimmungsrechtes stellte keineswegs, und auch nicht für eine begrenzte Periode, ein eigenes Ziel dar, das den Rest des revolutionären, internationalistischen und sozialistischen Programms auslöscht, sondern diesem unterstellt.

Das heikelste Problem, das durch die Besetzung hervorgerufen

wurde, war die Stellungnahme gegenüber den "nationalen Bewegungen" und gegenüber den "nationalen Widerstandsorganisationen". Diese Bewegungen waren nicht das künstliche Produkt der chauvinistischen Propaganda der "alliierten" Bourgeoisie und der stalinistischen Parteien.

In allen Fällen wo sie einen Massencharakter annahmen, stellten sie die spontane Reaktion der Arbeitermassen, der Massen des Kleinbürgertums, der Bauern und Städter gegen den besetzenden Imperialismus und die nationale Bourgeoisie dar.

Eingerahmt durch die "Widerstandsorganisationen" fielen sie automatisch unter die Führung der "Widerstand leistenden" Bourgeoisie und der stalinistischen Parteien, die auf der Basis eines extrem chauvinistischen Programms kämpften.

Die Beziehungen der Partei des revolutionären Proletariats zu diesen Organisationen der "Union sacrée", die den imperialistischen Charakter des Krieges entstellten und den Internationalismus der Arbeiterklasse tödliche Schläge versetzten, konnten nur durch die organisatorische und politische Unabhängigkeit und durch den unversöhnlichen Kampf gegen ihr Programm und ihre sozialpatriotische und chauvinistische Aktion geklärt werden. Aber dennoch war in diesen Organisationen eine geduldige, systematische Arbeit notwendig, um die revolutionären Elemente, die sich dort befanden, dem Einfluß der chauvinistischen Ideologie zu entziehen und sie auf einer Klassenbasis zu organisieren.

In diesem Sinne hat die europäische Konferenz im Februar 1944 versucht, das Problem zu stellen und unsere Stellung zu den "nationalen" und "Widerstandsorganisationen" zu klären. Wir kennen noch nicht genau die Politik, die jede unserer europäischen Sektionen während des Krieges verfolgte. Es ist möglich und sogar wahrscheinlich, daß Fehler begangen wurden und mehr oder weniger bedeutende Abweichungen nach rechts oder links auftauchten.

Als ultralinke Abweichungen müssen alle Tendenzen betrachtet werden, die das Vorhandensein von nationaler Unterdrückung bestritten haben, die sich nicht klar über das Selbstbestimmungsrecht aussprachen, die es vernachlässigten, unter unserer Fahne (der Fahne der Revolutionären Partei) den Kampf gegen die deutsche Besetzung (wohlgemerkt! im internationalistischen und Klassensinne) zu führen, die die Bedeutung der Arbeit in den Volksorganisationen (französische franc-tireurs, jugoslavische und griechische Partisanen) unterschätzten.

Als rechte und opportunistische Abweichungen müssen alle jene Tendenzen gebucht werden, die aus der Forderung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ein eigenes, vom sozialistischen, revolutionären und nationalistischen Programm unabhängiges Ziel machten, die in der einen oder anderen Form für unsere Beteiligung oder Mitarbeit als politische Bewegung in den "Widerstandsorganisationen" eintraten und die die "nationale Widerstandsbewegung" eines großen besieгten imperialistischen Landes wie Frankreich mit der der "kleinen" unterdrückten Staaten auf dieselbe Stufe stellten.

DIE NATIONALE FRAGE IM HEUTIGEN EUROPA.

Das Kriegsende hat die Probleme, die durch die deutsche Besetzung aufgestellt wurden, nicht gelöst.

Europa ist heute nicht mehr frei als gestern, trotz dem Unterschied in den Besatzungsmethoden.

Der Kampf der unterdrückten Völker Europas endete nicht mit ihrer "nationalen Befreiung", sondern mit der Ablöse der deutschen Besetzung durch die getrennte oder gemeinsame amerikanische, englische, französische und russische Besetzung.

Diese Tatsache beweist erneut, daß die Gleichheit der Nationen

und das Selbstbestimmungsrecht unter der imperialistischen Herrschaft nicht zu verwirklichen sind und daß der wirkliche Kampf für die "nationale Unabhängigkeit" untrennbar ist vom Kampf gegen den Imperialismus und für den Sozialismus.

Die neue Besetzung Europas stellt im übrigen viel wichtigere Probleme als die deutsche Besetzung.

Im Falle der letzteren handelt es sich um die Besetzung gewisser Gebiete im Laufe der Kriegshandlungen und für Kriegsdauer.

Heute handelt es sich um eine viel dauerhaftere Besetzung, die mit der Zeit droht, die Struktur lebensfähiger Nationen, und insbesondere Deutschlands, zu ändern. Heute wie während des Krieges bauen wir unsere Politik auf der revolutionären Perspektive, die immer offen bleibt. Heute wie gestern schreiben wir in unser sozialistisches, revolutionäres und internationalistisches Programm die Forderung nach Selbstbestimmungsrecht der Völker und erklären, daß der Kampf für die wirkliche nationale Unabhängigkeit untrennbar verbunden ist mit dem Kampf gegen den Kapitalismus und für die Vereinigten Sozialistischen Staaten Europas und der ganzen Erde.

Was die europäischen Länder betrifft, die gegenwärtig durch die imperialistischen Armeen Amerikas, Englands und Frankreichs besetzt sind, so ist unsere Stellung folgende:

Unsere Parteien in Amerika, England und Frankreich betonen besonders das Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Massen der besetzten Länder und kämpfen aktiv für die Aufhebung der Besetzung dieser Länder durch die amerikanischen, englischen und französischen Truppen.

Unsere Parteien in den besetzten Ländern betonen besonders die Notwendigkeit der Föderation der freien Nationen in den Vereinigten Sozialistischen Staaten Europas und organisieren gleichzeitig unter ihrer Fahne die nationalen Massen gegen die Besetzung, immer in internationalistischem und Klassengeiste.

Was unsere besondere Stellungnahme zu Deutschland betrifft, so wurde in der Resolution des Europäischen Exekutiv-Komitees vom Juni 1945 folgendes erklärt:

1. Selbstbestimmungsrecht für alle Völker. Sofortiger Rückzug der Besetzungstruppen.
2. Gegen die Militärregierung, die Besetzung, die Zerstückelung und die Ausplünderung Deutschlands.
3. Für die Verbrüderung der Besetzungstruppen mit den deutschen Arbeitersmassen.
4. Für die Verbrüderung der Arbeiter der anderen Länder mit den deportierten deutschen Arbeitern. Für ihre Aufnahme in die Arbeitergewerkschaften dieser Länder. Den deportierten deutschen Arbeitern gebühren die gleichen Arbeits- und Lebensbedingungen und die gleichen Rechte wie den Arbeitern dieser Länder.
5. Für die Entfernung und Sühne gegen die Nazis in Deutschland durch die deutschen Arbeiter selbst. Für die völlige Freiheit der Arbeiterbewegung in Deutschland.

Das an das deutsche Proletariat gerichtete Manifest des Europäischen Exekutiv-Komitees, welches wir heute veröffentlichen, nimmt die gleiche Stellung ein, wenn es erklärt: "Wir protestieren mit Euch gegen die Zerstückelung Deutschlands, gegen die auferlegten Lasten, gegen die Beschlagnahmungen und gegen die Milliarden Reparationskosten. Wir begrüßen jede Verbrüderung zwischen den Soldaten der Besatzungsarmeen und den deutschen Proletarien. Wir rufen diese Soldaten auf, sich nicht für imperialistische und reaktionäre Zwecke gegen das deutsche Proletariat einzusetzen zu lassen. Wir sind für das Selbst-

bestimmungsrecht des deutschen Volkes. Für dieses ~~Recht werden wir~~ internationalistische Kommunisten überall kämpfen wo wir sind und wir werden alles daran setzen, um das Weltproletariat für diesen Kampf zu gewinnen usw..."

Ein großer Teil Europas ist andererseits durch die USSR besetzt oder kontrolliert.

Die Sowjetbürokratie vergewaltigt die nationalen und demokratischen Rechte der Völker Mittel- und Südeuropas, die Worte Robespierres, daß die "Völker die mit den Bajonetten ausgerüsteten Missionäre nicht lieben", und die Worte Engels, die Lenin wiederholte, daß "das siegreiche Proletariat sein Glück freunden Völkern nicht aufzwingen kann, ohne damit seinen eigenen Sieg zu kompromittieren", vergessend.

Die IV. Internationale erklärt, daß die Methoden der Gebiete-aneignungen, der Reparationen, der Völkerverschickungen, der Völkerknechtung, zu denen die Sowjetbürokratie greift, um ihre ökonomische Basis und strategische Zone in Europa und Asien zu vergrößern, anstatt der revolutionären Bewegung der Massen zu helfen und der sozialistischen Föderation der freien Nationen zu begünstigen, nichts gehein haben mit der marxistisch-leninistischen Politik in der nationalen Frage. Diese Methoden sind Anzeichen der Barbarei, in welche die Verspätung der sozialistischen Weltrevolution und die Verlängerung der Fäulnis des Kapitalismus und des entarteten Arbeiterstaates in der USSR die Menschheit ziehen.

Die IV. Internationale ist die Verteidigerin des Selbstbestimmungsrechtes der von der USSR besetzten oder kontrollierten Länder.

Sie anerkennt das gleiche Recht bis zum Recht der Lostrennung von den übrigen föderierten Republiken der USSR, für die Sowjetrepubliken Ukraine, Weißrußland, Karelien, Litauen, Lettland, wenn diese Völker es wünschen. Das ist eine der Folgen der Unterdrückungs- und Zwangsassimilierungspolitik, die die Sowjetbürokratie anwendet.

Indem sie diese Politik annimmt, bleibt die IV. Internationale den revolutionären Lehren Marx' und Lenins und den allgemeinen Interessen der internationalen sozialistischen Bewegung treu.

Die Führung der Erde durch die "Großen Drei", mit der der zweite Weltkrieg endete, wendet gegen eine lange Reihe von Nationen autoritäre, antodemokratische und Sklavennethoden an.

Der reaktionäre Kapitalismus, der Imperialismus und die Sowjetbürokratie vergewaltigen immer öfter die Grenzen der demokatisch gewachsenen Nationen, d.h. die durch die "Sprache und die Sympathien des Volkes" gesetzten, die Engels als die "natürlichen" Grenzen bezeichnet.

Nur der proletarischen Revolution und dem Sozialismus ist es gegeben, diesen Nationen durch eine neue demokratische Entscheidung die Freiheit wiederzugeben. "Die alten 'Ökonomen' ließen vom Marxismus nur eine Karikatur übrig", schrieb Lenin, "indem sie den Arbeitern lehrten, daß die Ökonomie 'nur' die Marxisten betreffe". Meinen die "neuen Ökonomen", daß der demokratische Staat des siegreichen Sozialismus ohne Grenzen existieren werde (eine Art von Gefühlskomplex ohne Materie)? Meinen sic, daß die Grenzen nur durch die Bedürfnisse der Produktion bestimmt werden? In der Tat werden diese Grenzen demokratisch bestimmt werden, entsprechend den Wünschen und der Sympathie der Bevölkerung. Der Kapitalismus beeinflußt durch seine Gewalt diese "Sympathien" und bereitet damit dem Werk der Annäherung der Nationen neue Schwierigkeiten. Indem der Sozialismus die Produktion ohne Klassenunterdrückung organisiert und damit den Wohlstand aller Staatsbürger garantiert, gibt er damit den "Sympathien" der Bevölkerung freie Entfaltungsmöglichkeit und beschleunigt die Annäherung der Nationen.

Europäisches Exekutiv-Komitee der IV. Internationale. Veröffentlicht in "IV. Internationale", Dez. 45-Jänner 46. Übersetzung aus dem Französischen.

S T R E I F L I C H T E R Z U R L A G E

BYRNES IST KLUG.

Als jüngst anlässlich des Streiks der amerikanischen Eisenbahner eine Abordnung der Eisenbahner zu Truman kam, wußte sie dieser zu Byrnes. Die Eisenbahner waren erstaunt, gingen über hin. Und was sagte ihnen Byrnes? Sie mögen um Gottes Willen das Streiken lassen, denn die Streiks bänden der USA-Regierung die Hände bei den Auseinandersetzungen mit der SU! Byrnes ist sehr klug. Er weiß, wo der Hase im Pfeffer liegt. Der Kampf der Arbeiter ist es, der den einzigen und wirklich wirksamen Schutz für die SU darstellt. Er versteht das auf seine Weise besser als die Kremlbürokratie, die jeden wirklichen Kampf abbrennt, verhindert, die Massen an die bürgerliche Demokratie bindet. Aber eben dadurch, damit arbeitet sie selbst Byrnes in die Hände. Aber der Dank bleibt nicht aus: Byrnes bereitet dafür umso gründlicher die imperialistische Offensive gegen die SU vor.

"KAMPF GEGEN DEN FASCHISMUS".

Die neue italienische Regierung ist noch nicht gebildet, aber schon meldet das Radio, welche Maßnahme als eine der ersten von ihr getroffen werden soll: die Auflösung der Befreiungsausschüsse! Anstatt die bürgerlichen Elemente hinauszuwerfen und aus ihnen wirkliche Kampforgane der Massen zu machen, werden die Massen nachhause geschickt. Dabei zeigten die Neapler Vorfälle, daß die Karabinieri z.B. eine ausgesprochen monarchistische Bande sind! Aber vor nichts haben SP und Stalinpartei, die beide in der Regierung sitzen, mehr Angst als vor den Massen. Jede selbständige Regung dieser Massen ist ihnen verhaßt, jeden Ansatzpunkt zu einer solchen suchen sie zu tilgen. Deshalb auch die Auflösung der Befreiungsausschüsse. Dafür werden die Herren morgen erklären, daß sie alles getan hätten im "Kampfe" gegen den Faschismus - nur die Massen hätten versagt....

"FUNKTIONELLE DEMOKRATIE".

Von ihr schwärmt die "A.Z.". Ein Beispiel führt sie an. Die Bahnen haben ein Riesendefizit. Übeleis ist Verkehrsminister. Wie beseitigt der "Sozialist" das Defizit? Wie jeder bürgerliche Minister: er läßt die Massen zahlen, die nicht Autos zur Verfügung haben. Die Massen zahlen auch die höheren Frachtsätze, denn die werden ja auf sie abgewälzt von den Kapitalisten. Das ist der Kampf der SP gegen die Massennot. Aber, und darauf ist die A.Z. so stolz: es geht dabei ganz demokratisch zu. Übeleis hält einen Radiovortrag und "erklärt" den Massen, warum sie zahlen müssen. Das ist eben die "funktionelle Demokratie", jubelt die A.Z. Es wird nicht einfach diktiert, es wird den Arbeitern alles schön "erklärt" und dann - können sie zahlen! Frage: warum überwälzt Übeleis das Defizit nicht auf die Kapitalisten? Warum funktioniert da die Demokratie nicht? "Wir" sind ein so "armes Land". Einige Kapitalisten sollen schon verhungert sein.....

DIE "ARMEN" KAPITALISTEN.

Diese "Armut" illustrieren einige Inserate aus der "Wirtschaft", dem Organ der Scharfmacher um Raab & Co. Zuerst einige Magere: "Beteiligung mit 30.000 S an ausbaufähigem Unternehmen gesucht...", "50.000 S biete ich als Beteiligung an nur seriösen Unternehmern..." und zwei Fette: "Mit vorerst 100.000 S Bargeld sucht Beteiligung Diplomkaufmann. Kapitalerhöhung bis 300.000 S möglich." "Mit einigen Hunderttausend Schilling sucht ehemaliger Großindustrieller mittätige Beteiligung..." Wie zu ersehen: die "Armut" ist erschreckend. Doch

haben die Herren wieder Appetit bekommen. Darum: größte Schonung! Nur nicht viel reden von Vermögensabgabe, Kriegsgewinnbesteuerung und ähnlichen, das verdirbt den Herren den Appetit.....

DIE ERSTE KONJUNKTUR.

Die erste Konjunktur ist schon da. Es gibt, schreibt ein Blatt, eine Konjunktur in Juwelen "wie noch nie"! Verständlich: wo sollen die Millionen Kriegsgewinne auch sonst untergebracht werden? Eine Konjunktur in Juwelen - und ein Massenhunger auf der ganzen Welt wie noch nie!

SCHARFF IST NICHT SCHARF.

Ernst Scharff ist ein "revolutionärer" Sozialist. Wer es noch nicht glaubt, dem sei es gesagt. Er untersucht in der "Zukunft" das Wesen der ÖVP. Eine läbliche, wichtige Aufgabe. Und er löst sie auch: die ÖVP, findet er, ist eine Partei des Großkapitals. Aber welchen Schluß zieht Scharff aus seinem Ergebnis? Keinen. Er tritt nicht auf die Zusammenarbeit der SP mit der Partei des Großkapitals. Wie man also sieht: Scharff ist in Wahrheit gar nicht so scharf...

EINE WARNUNG VOR DEM STURM!

Fürnberg, der Sekretär des Zentralkomitees der Stalinpartei, erklärte in einer Versammlung anlässlich des Forderungsprogramms der StP zur Ernährungslage: "In den letzten Wochen war ein unterirdisches Dröhnen und Grollen zu hören. Viele Leute behaupteten, daran wären die Kommunisten schuld. Das ist aber nicht wahr, daran war der für die Massen unerträgliche Hunger schuld. Wir warnen die verantwortlichen Stellen in SP und VP, daß, wenn nicht bald eine entscheidende Wendung in der Ernährungspolitik in Österreich eintritt, dieses Dröhnen und Grollen zum Sturm anwachsen wird. An diesem Sturm werden dann aber ebenfalls nicht die Kommunisten, sondern die falsche Politik der verantwortlichen Stellen schuld sein".

Es ist offensichtlich, mit dem Grollen meinte Fürnberg die Streikbewegungen der letzten Wochen und mit dem Sturm die Revolution. Die Stalinpartei lehnt hier offen jede Verantwortung für die elementare Kampfansage der Massen gegen die Hungeroffensive der Bourgeoisie ab. In einer anderen Versammlung erklärte der stalinistische Referent, daß er den Mut gehabt habe, die streikenden Arbeiter, die zu ihm als Gewerkschaftssekretär gekommen waren, in die Betriebe zurückzuschicken. Wir können nur sagen, ein trauriger Mut.

Die letzten Kämpfe haben bewiesen, daß die Stalinbürokraten, genau so wie ihre Konkurrenten von der SP offen den Interessen der Massen entgegentreten. Das sind die Konsequenzen der Koalitionspolitik. Für diese Verrütar haben die Kämpfe der Massen um ihre Tagesinteressen schon lange jeden revolutionären Sinn verloren. Für diese Leute haben die Kämpfe der Massen nur einen Sinn, nämlich der Bourgeoisie ihre Existenz als unentbehrlich zu beweisen, und wenn nötig, unter Druck aufzuzwingen. Daß die Stalinpartei, genau so wie die SP, außerstande ist, die Massen zur Revolution zu führen, das beweist sie nun schon seit zwei Jahrzehnten. Im heutigen praktischen Kampfe um die Tagesfragen beweist sie aber, daß sie außerstande ist, auch nur die primitivsten Interessen der Massen zu verwirklichen. Denn unter den heutigen Bedingungen des verfaulenden Kapitalismus kann jede Mobilisierung der Massen, sei es auch nur für ihre elementarsten Forderungen, den Schritt mitten in die Revolution bedeuten. Und die fürchtet die Bürokratie mehr als alles andere.

Aber dennoch, unter Führung der überall entstehenden Parteien der IV. Internationale werden die Massen lernen, ihre Kämpfe zu steigern bis zur Revolution. Und die siegreiche Revolution wird dann so tolerant sein und den Fürnberg & Co. ein Zeugnis ausstellen, in welchem bestätigt wird, daß sie an dieser Revolution schuldlos waren.

EINE "DEMOKRATISCH-SOZIALISTISCHE" GROSZMACHT!?

Die "A.Z." vom 12.7.46 schreibt im Leitartikel: "England hat durch beide Weltkriege schwer gelitten und die Möglichkeiten seines ebenso kühnen wie besonnen eingeleiteten Sozialisierungswerkes hängen von dem Fortbestehen seiner Weltgeltung ab. Es hat diese Weltgeltung im Osten und im Westen zu verteidigen; es baut gleichzeitig in Indien wie in Ägypten das Weltreich um. Die alte Vorstellung vom 'kapitalistischen Westen' gilt nicht mehr; aber die Weltgeltung eines demokratisch-sozialistischen Englands ist eine Schicksalsfrage des Sozialismus."

Nichts charakterisiert die sozialen Wurzeln der verräterischen Politik der SP-Bürokratie besser als solche Feststellungen. Die Position der SP-Bürokratie und -Aristokratie steht und fällt mit der des Imperialismus. Daß sich an der klassenmäßigen Zusammensetzung des kapitalistischen Staatsapparates bei der Machtübernahme durch die LP-Regierung gar nichts geändert hat, daß der englische Imperialismus nur dort zu Reformen in seiner Kolonialpolitik bereit ist, wo er durch die revolutionäre Aktion der kolonialen Massen dazu gezwungen wird, daß in England die Frage der Republik noch nicht einmal gestellt wurde, dies alles sind für die Verrätersozialisten nur Kleinigkeiten, die für den Aufbau des Sozialismus keine Hindernisse sind, über die zu sprechen, es sich gar nicht lohnt. Für sie genügt die einfache Feststellung: "Die Vorstellung vom kapitalistischen Westen existiert nicht mehr."

Eines der wichtigsten Instrumente zur Aufrechterhaltung der imperialistischen Weltgeltung Englands war bisher "Seiner Majestät Flotte". Um sie in ein brauchbares Instrument der "sozialistischen" Weltgeltung Englands zu verwandeln, schlagen wir vor, sie in "Seiner Majestät sozialistische Flotte" umzubenennen.

EINSTEIN UND DIE ATOMBOMBE.

Einstein, der in Amerika lebende Begründer der modernen Relativitätstheorie, dessen grundlegende Forschungen zum Ausbau der modernen Atomphysik geführt haben, hat sich Journalisten gegenüber über die Gefahren der Atombombe und deren Abwehr geäußert. Was schlägt Einstein vor? Einen "Weltstaat" und sonstige schöne Sachen. Mit einem Wort: er demonstriert mit seinen Vorschlägen die ganze Hilflosigkeit des bürgerlichen Pazifismus vor den realen Tatsachen. Einstein führte die Dialektik zu einem ihrer größten Siege auf dem Gebiet der Naturwissenschaft. Aber er ist völlig außerstande, die Dialektik des geschichtlichen Prozesses zu verstehen. Er teilt dieses Schicksal mit den bedeutendsten bürgerlichen Gelehrten, die sich zwar mit Grauen von der imperialistischen Ausnutzung der Ergebnisse der modernen Forschung abwenden, aber nicht instande sind zu erkennen, daß einzige das Proletariat, seine revolutionäre Aktion zum Sturz des mörderischen Imperialismus führen kann. Objektiv, trotz ihrer Gutgemeintheit, führen alle die Vorschläge Einsteins und anderer Gelehrter nur zum Einschläfern der Massen mit "Weltstaat" und dergleichen, stellen also objektiv eine Hilfe für die Imperialisten dar. Siehe z.B. den Wiener Physiker Thirring, der die Ursachen des Krieges untersucht und bei der - Psychologie landet, bei der Erziehung usw. Aber die Haltung Einsteins wie besonders der amerikanischen Wissenschaftler beweist eines: die vom Kapitalismus geschaffene Wissenschaft sagt diesem den Dienst auf, wenn auch vorerst auf unklare, pazifistische Art. Die allerbesten beginnen, sich dem Proletariat zu nähern als der einzigen Kraft, welche die menschliche Zivilisation zu retten vermag. Wessen es noch bedarf, ist des klaren, sichtbaren, kühnen Hervortretens der IV. Internationale. Sie wird die besten Köpfe der bürgerlichen Wissenschaft auf den Standpunkt des Proletariats herüberziehen.